

SPD

NORDRHEIN-WESTFALEN

PROTOKOLL

über Verlauf und Ergebnisse

des

Außerordentlichen Landesparteitages

am Samstag, dem 7. Dezember 1974

und der

Landesdelegierten- konferenz

am Sonntag, dem 8. Dezember 1974

in Oberhausen, Stadthalle

SPD

Nordrhein-Westfalen

PROTOKOLL

über Verlauf und Ergebnisse des außerordentlichen Landesparteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen
am 7. Dezember 1974 in Oberhausen, Stadthalle

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung

- Hans Otto Bäumer, stellvertretender Landesvorsitzender

2. Konstituierung des Parteitages

- a) Wahl des Präsidiums
- b) Wahl der Mandatsprüfungskommission

3. Beratung und Beschlußfassung

über den

Entwurf des Programms zur Landtagswahl 1975

und die Leitsätze zur Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen

einschließlich der dazu eingegangenen Anträge

- Einführung: Günter Schlatte, Landesauschußvorsitzender

4. Schlußwort

1. Eröffnung und Begrüßung

Beginn des außerordentlichen Landesparteitages: 10.15 Uhr
Hans Otto Bäumer eröffnete namens des Landesvorstandes den außerordentlichen Landesparteitag und hieß die Anwesenden herzlich willkommen.

Er begrüßte besonders

Luise Albertz
Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen,
Annemarie Renger
Bundestagspräsidentin,
Heinz Kühn
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
stellvertretender Parteivorsitzender und Spitzenkandidat der SPD in Nordrhein-Westfalen sowie die Frauen und Männer seiner Mannschaft,
die Damen und Herren von Funk, Fernsehen und Presse
sowie stellvertretend für die 300 000 Genossinnen und Genossen an Rhein und Ruhr die 300 Delegierten des Landesparteitages.

Er verlas das Telegramm des Landesvorsitzenden der SPD in Nordrhein-Westfalen an den außerordentlichen Landesparteitag:

„Leider kann ich an unserem Parteitag nicht teilnehmen. Meine Krankheit erlaubt es nicht. Ich bin aber sicher, daß Ihr in bewährter sozialdemokratischer Solidarität die richtigen Entscheidungen treffen werdet.

Ich wünsche dem Parteitag vollen Erfolg. Glückauf!

Werner Figgen“

Der außerordentliche Parteitag übermittelte Werner Figgen die besten Wünsche für eine schnelle Genesung.

Anschließend referierte Hans Otto Bäumer:

„Am vergangenen Dienstag hat Willy Brandt auf der Mitgliederversammlung des SPD-Unterbezirks Düsseldorf gesagt, was not tut: . . . der Auseinandersetzung hier in Nordrhein-Westfalen ist eine herausragende Bedeutung beizumessen. Diese Landtagswahlen sind zu gewinnen. Und wir werden sie gewinnen . . .“

Dann fuhr er fort . . . wenn wir Kleinmut, Selbstgefälligkeit und mangelnde Geschlossenheit hinter uns lassen.“

Genossinnen und Genossen, genau so ist es. Diese Landtagswahlen sind zu gewinnen und wir werden sie gewinnen.

Was wir dazu tun müssen – denkt daran: ohne Fleiß, keinen Preis – ist jedem von uns klar. Daß wir bereits dabei sind, das Nötige zu tun, ist ebenfalls klar.

Zum Beispiel wissen wir alle, daß der Unterbezirk Köln in letzter Zeit nicht gerade eine Oase himmlischen innerparteilichen Friedens war. Doch mir scheint, die Probleme sind in einer Weise ausgeräumt worden, wie es sich für die älteste deutsche Partei gehört. Wie es sich gehört für eine Partei, in der die demokratische Auseinandersetzung an der Basis keine leere Formel ist, sondern alltägliche Praxis.

Laßt uns darum beherzigen: Die Solidarität ist es, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vor allem in kritischen Zeiten stark gemacht hat. Solidarisches Handeln wird uns auch jetzt wieder die nötige Kraft geben, auch nach Niederlagen, wie denen in Hessen und Bayern, das Selbstvertrauen zu schöpfen, das wir zum Siegen brauchen. Denn, liebe Genossinnen und Genossen,

das unterscheidet uns von unserem politischen Gegner: Wir brauchen uns die Gründe für unser Selbstvertrauen bei niemandem zu klauen. Wir haben die stolze Summe unserer eigenen Leistungen. Wir können sie vorzeigen.

Wie anders als Diebstahl geistigen Eigentums soll man es denn nennen, wenn die CDU in Leverkusen einen großen Kongreß zur Humanisierung der Arbeitswelt abzieht. Etikettenschwindel ist es obendrein, wie ihn manche pharmazeutische Fabrik betreibt.

Ihr alle kennt das: Alle Jahre wieder kommt eine neue teure Busensaibe auf den Markt. Statt Superbusen macht sie nur Superlöcher in die Geldbörsen der betrogenen Käufer. Genauso salben die Sozialausschüsse der CDU in Leverkusen – und anderswo – Arbeitnehmerfreundlichkeit auf die CDU-Brust. Doch wenn es dann zum Mitbestimmungsschwur kommt, zeigt sich allemal dem betrogenen Wähler, was Katzers Sozialausschüsse wirklich sind: ein Wurmfortsatz namens Blinddarm. Und um beim medizinischen Bild zu bleiben: Ich kann mir nicht helfen, immer wenn ich von diesem Wurmfortsatz der CDU höre, sehe ich die Operationsnarbe auf dem Bauch der CDU. Nicht einmal mehr zu einer sozialen Reizung kann sie der CDU verhelfen. Der Fortsatz ist schon lange weggeschnitten. Er hat es nur noch nicht gemerkt.

Während Katzer und seine Leute so tun, als könnten sie hier an Rhein und Ruhr wirklich Politik machen, holt die CDU den Mann ins Land, der die Sozialausschüsse ein um das andere Mal schlicht vom Tisch gepustet hat. Ich rede vom Schrecker des Vaterlandes, von Franz-Josef Strauß. Er wird in ein paar Tagen in Duisburg auftreten und seinen angeblich sozialen Alibikameraden den kapitalistischen Marsch blasen, dieser politische Blaubart, der mit seinen Freunden so umgeht, wie jener Ritter mit seinen Frauen. Man muß sie nur fragen, die Ludwig Erhard, die Kiesinger und Barzel, wer sie in die Rumpelkammer der Geschichte befördert hat. Da sitzen sie nun und rumpeln als politische

Gespenster vor sich hin. Das Sagen in der Opposition hat der Blaubart aus Bayern.

Aber was sagt er denn, was dürfen die Befehlsempfänger in seiner Schwesterpartei sagen?

Da gibt es alle Tage wieder ein Bündel an Verlautbarungen zum wichtigsten Thema dieser Monate: zur wirtschaftlichen Situation, zu den Arbeitslosen.

Ich will das Problem auf keinen Fall verharmlosen. Aber so, wie die es gern lösen wollen, geht es nun auf keinen Fall.

Da sagt der eine Kandidat aus Rheinland-Pfalz, jetzt müßte die Bundesregierung mit Dampf in die Vollen gehen und die Konjunktur aus allen Rohren anheizen.

Derweil springt der andere Kandidat aus dem hohen Norden mit beiden Füßen auf die Bremse und rät zum Nichtstun.

Und der freistaatlich bayerische Superkandidat sagt überhaupt jeden Tag etwas anderes. Nach seinen Rein-Raus-Rezepten wäre die deutsche Wirtschaft schon lange seekrank. Allein von April bis August dieses Jahres forderte Strauß in der Sache sinnlose Maßnahmen zugunsten von strukturell in die Klemme geratenen Industrien, die den Staat fast zehn Milliarden Mark an Steuern gekostet hätten. Um dann in der Haushaltsdebatte des Bundestages der von Helmut Schmidt geführten Regierung unsoliden Gebaren vorzuwerfen.

Immer nach dem Motto: Was unsolid ist, bestimme ich.

Wenn es um ein wirklich soziales Gesetz wie den Kündigungsschutz für Mieter geht, haben wir erst wieder in diesen Tagen erlebt, was die Opposition für richtig hält: Über den Bundesrat Steine in die Gesetzgebungsmaschine zu werfen.

Doch die Bürger in diesem Lande, vor allem die Arbeiter, wissen: Heinz Kühn und Helmut Schmidt und die von ihnen geführten Regierungen lassen sich von solch kraftmeiernder Schaukelpropa-

ganda nicht aus der Ruhe bringen. Heinz Kühn und Helmut Schmidt wissen nur zu gut, was die Opposition mit ihren vielstimmigen Widersprüchlichkeiten am Ende selber zugeben muß: Zu unserer Politik gibt es keine Alternative.

Was steht denn wirklich hinter dem großmütigen Angebot von Helmut Kohl, mit der wirtschaftspolitisch erfolgreichsten Regierung des Westens gemeinsam zu handeln, um die Dinge wieder in den Griff zu bekommen?

Liebe Freunde, nichts anderes als der durchsichtige Versuch, sich an diese Politik anzuhängen. Das kennen wir schon. Schon einmal, 1966/1967, wußten die Konservativen nicht weiter und hängten sich an die SPD und ihren erfolgreichen Marsch aus der Talsohle einer hausgemachten — der abservierte CDU-Wirtschaftsminister Schmücker von der CDU nannte sie ‚gewollten‘ — Rezession.

Heute wollen sie am Erfolg einer sozialdemokratischen Politik teilhaben, der es gelungen ist, die Auswirkungen einer weltwirtschaftlichen Strukturkrise ohne Beispiel in Grenzen zu halten, wie das in keinem anderen vergleichbaren Land erreicht worden ist.

Was heißt das denn: ‚um die Dinge wieder in den Griff zu bekommen‘ — glaubt Herr Kohl denn wirklich, er könnte die Erdölproduzenten und die Rohstofflieferanten der bundesrepublikanischen Wirtschaft in den Griff bekommen? Die werden ihm was kosten. Da muß man eine andere Politik machen. Mit Verstand und Augenmaß. Helmut Schmidt macht genau das. Das spüren auch die Bürger in diesem Lande. Die Zeiten sind gewiß nicht rosig. Aber dafür, daß sie nicht katastrophal sind, dafür, daß es wieder aufwärts geht, sobald unsere auf Landes- und Bundesebene maßgeschneiderten Programme greifen, hat unsere Politik gesorgt.

Das müssen wir jedem Bürger dieses Landes immer wieder bewußt machen. Wir müssen dem Wähler klar machen, was wir in schwieriger Zeit geleistet haben; was wir für die Zukunft planen,

was unter Bedingungen, die aus internationalen Entwicklungen entstanden und von uns nicht zu verantworten sind, machbar ist — und daß das viel ist. Mehr, viel mehr als das, was der Bürger sich einbrockte, wenn er den Wahlslogans der CDU Glauben und Stimme gäbe.

Die Freiheit, die die CDU verspricht, hört vor den Fabrikatoren auf. Mitbestimmung findet nicht statt. Die Stabilität, die die CDU verspricht, unterscheidet sich von der, die wir erreicht haben, dadurch, daß die Reichen reicher und die Arbeiter abhängiger werden sollen; eine Stabilität durch Verhältnisse, in denen man die Masse der Bürger disziplinieren kann. Die Sicherheit, die die CDU verspricht, ist die Sicherheit der Friedhofsruhe, in der der Rechtsstaat ruht, nachdem die CDU ihn zu Tode geschützt hat.

Unser Staat, unsere Rechtsordnung, ist keine Schönwetterveranstaltung, die sofort abgebrochen wird, wenn Sturm aufzieht. Willy Brandt drückt das so aus: ‚Wir werden uns nicht einreden lassen, daß wir erstmals die Grundrechte unserer Verfassung einschränken müssen, um sie verteidigen zu können.‘

Auch wenn die CDU das gerne möchte und mit ihrer wirtschafts- und sicherheitspolitischen Panikmache das Geschäft der Extremisten besorgt, indem die Konservativen jene Furcht beim Bürger erzeugen, die die Extremisten mit ihren Aktionen erreichen wollen.

Genossinnen und Genossen, wir können mit dem Selbstbewußtsein in den kommenden Wahlkampf gehen,

- daß wir, wie in den zurückliegenden Jahren, die besseren Frauen und Männer haben und
- daß diese besseren Frauen und Männer auch die bessere Politik machen, mit der sie Erreichtes sichern und die Voraussetzungen für künftigen Fortschritt schaffen.

Denn: Heinz Kühn und seine, die unserige Mannschaft, handeln. Sie sichern die Zukunft!“

Es folgte die Begrüßungsansprache von Luise Albertz, die ihrer Freude über die Wahl des Tagungsortes Ausdruck verlieh.

Sie führte u. a. aus, daß die Leistungen der SPD seit über hundert Jahren die Gewähr dafür seien, die gegenwärtige Durststrecke erfolgreich zu überwinden.

Dazu gehörten drei Voraussetzungen:

mehr Selbstbewußtsein und persönliches Engagement,

kritische Selbstbesinnung im eigenen Haus und

Schluß mit den widersprüchlichen Erklärungen aus sozialdemokratischem Mund.

Danach richtete Professor Heinz Kaminski im Namen der Sozialdemokratischen Wählerinitiative auf Bundes- und Landesebene herzliche Grußworte an die Anwesenden.

Unter lebhaftem Beifall sagte er aus, daß das Godesberger Programm Richtlinie allen Strebens und Handelns im letzten Quartal dieses Jahrhunderts sein müsse, weil es einer naturwissenschaftlichen Untersuchung standhalte.

In bewegten Worten dankte Heinz Kühn in einer Laudatio Luise Albertz für ihr großes Lebenswerk im Sinne der Sozialdemokratie.

Sie, die bereits im Jahre 1915 der Sozialistischen Arbeiterjugend beigetreten sei und seit 1920 der Partei angehöre, habe sich als ‚Mutter Courage des Reviers‘ einen von Zuneigung und Dankbarkeit geprägten Namen erworben.

Luise Albertz, die als Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen seit nunmehr 20 Jahren an der Spitze einer der am stärksten von den Strukturwandlungen der Industrie betroffenen Großstädte stehe, symbolisiere die Leistung sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

2. Konstituierung des Parteitages

Der außerordentliche Landesparteitag konstituierte sich wie folgt:

Wahl des Präsidiums

Der Vorschlag für die Wahl des Präsidiums wurde wie folgt geändert

Franz Bender	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hermann Heinemann	Bezirk Westliches Westfalen
Hans Ferner	Bezirk Mittelrhein
Heinz Schleußer	Bezirk Niederrhein
Friedhelm Simelka	Landesvorstand

und bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Hermann Heinemann dankte im Namen des Präsidiums für das entgegengebrachte Vertrauen.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Vorschlag für die Wahl der Mandatsprüfungskommission lautete wie folgt

Heinz Götzen	Bezirk Westliches Westfalen
Hans Kalkbrenner	Bezirk Mittelrhein
Karl Mirus	Bezirk Westliches Westfalen
Peter Rothen	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Hermann Schmidt	Bezirk Niederrhein

und wurde ohne Veränderung einstimmig angenommen.

Die Geschäftsordnung für den außerordentlichen Landesparteitag wurde bei einer Enthaltung wie folgt beschlossen:

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes.
 2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist.
 3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
 4. Fristgerecht eingereichte Anträge zum Landeswahlprogramm von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag werden vom Landesparteitag behandelt. Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken.
 5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
 6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
 7. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
 8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
 9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
 10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
- Die Frist für die Einreichung der Initiativanträge wurde auf 11.30 Uhr festgesetzt.
- Der außerordentliche Landesparteitag nahm ohne Widerspruch zur Kenntnis, daß nur die zur Verabschiedung des Wahlprogramms gehörenden Anträge zu behandeln seien, mit Ausnahme eines Initiativantrages zur Verlegung des nächsten ordentlichen Landesparteitages auf den Herbst 1975 und einer Entschließung zur aktuellen Arbeitsmarktsituation.

3. Beratung und Beschlußfassung

über den Entwurf des Programms zur Landtagswahl 1975 und die Leitsätze zur Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen.

Die einleitenden Worte sprach der Landesausschußvorsitzende Günter Schlatter.

„Genossinnen und Genossen!

Was ich zur Einbringung des Entwurfs des Wahlprogramms der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen zu sagen habe, ist nicht der Versuch einer umfassenden Darstellung des Inhalts, sondern mehr das Eingehen auf die Diskussion im Vorfeld zu diesem Landesparteitag und die kritische Würdigung, die dieser Entwurf erfahren hat.

Zunächst ist klar und sollte Ausgangspunkt wohlmeinender Kritik sein:

Unser Wahlprogramm fußt auf den Leistungen der von Heinz Kühn geführten Landesregierung. Die Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen machen nicht nur Versprechungen, sie können auch etwas vorweisen.

Und eine weitere Bemerkung: Der heute zur Beratung und Beschlußfassung vorliegende Programmentwurf beschreibt die Vorhaben für die nächste Etappe; also das, was wir in den nächsten fünf Jahren werden erfüllen können. Hierbei geht es nicht um sozialdemokratische Ziele überhaupt, sondern um konkrete Schritte.

Schritte auf dem Weg zur Gestaltung einer neuen Ordnung; einer gesellschaftlichen Ordnung, die jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in materieller Sicherheit, frei von Zwängen, zu gestalten.

Das zu verabschiedende Wahlprogramm tritt, ergänzt um einen Leistungsbericht, Beweis an für den ungebrochenen Reformwillen der Sozialdemokraten, bezogen auf das, was angepackt werden kann.

Der Programmentwurf ist kein Katalog alles Wünschbaren. In ihm sind bei weitem nicht alle politischen Forderungen der nordrhein-westfälischen SPD eingegangen. Manches muß ausgeklammert bleiben, weil es in den nächsten fünf Jahren nicht realisierbar ist.

Dennoch: Die vielen berechtigten Wünsche und Erwartungen der arbeitenden Menschen in unserem Lande haben wir nicht außer acht gelassen. Wir können es uns auch nicht leisten, sie zu ignorieren. Und wer den vorliegenden Entwurf spöttisch oder geringschätzig ‚Neckermann-Katalog‘ genannt hat, der muß wissen, daß er die Hoffnungen und Forderungen von Millionen von Menschen an Rhein und Ruhr auf mehr soziale Sicherheit, auf eine humanere Ordnung, auf Verbesserung ihrer Lebenssituation, nicht mit ein paar spöttischen Bemerkungen abtun kann.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Entwurf des Wahlprogramms um das Ergebnis und die Zusammenfassung zahlreicher Beiträge sachkundiger Arbeitskreise. Jenen, die daran mitgewirkt haben, sollten wir an dieser Stelle unseren herzlichen Dank sagen.

Landesvorstand und Landesausschuß haben im Juli 1974 den Entwurf einstimmig gebilligt und den Parteigliederungen in Nordrhein-Westfalen zur Beratung überlassen. Eine Reihe kritischer Hinweise, die auch in den vorliegenden Anträgen ihren Niederschlag gefunden haben, sind bei den heutigen Beratungen zu beachten und womöglich auch zu berücksichtigen.

Der häufig gegebene Rat, sich im Wahlprogramm auf einige wenige, aber dafür überzeugende Punkte zu konzentrieren, hat sich bei der Erarbeitung nicht durchsetzen können. Wir mußten vielmehr die Erfahrung machen, daß bei den Versuchen zu kürzen, unter dem Strich oftmals eine etwas längere Fassung herauskam.

Dennoch darf davon ausgegangen werden, daß sich bei der Auffächerung und Umsetzung des Wahlprogramms in Wahlkampfmaterial für den Bürger manches kürzer und, wenn man so will, auch konkreter darstellen wird.

Ein paar Anmerkungen zum Inhalt:

In dem Euch vorliegenden Entwurf werden fünf Programm-Schwerpunkte gebildet:

1. Sichere Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeitsbedingungen.
2. Wohnen und Freizeit in einer gesunden Umwelt.
3. Soziale Sicherheit und Gesundheit.
4. Bildungsgerechtigkeit.
5. Mehr Mitbestimmung und Mitwirkungsrechte für den Bürger.

Die Sprecher der Antragskommission haben heute die Aufgabe übernommen, die Einzelbereiche zu erläutern. Ich kann mich auf wenige Feststellungen beschränken, und dazu gehört der Hinweis auf die schmälere gewordene Finanzdecke der öffentlichen Haushalte. Die meisten Reformen, die mit dem Ausbau eines modernen Sozialstaates verbunden sind, kosten Geld. Solange die öffentlichen Haushalte und damit die öffentlichen Leistungen als konjunkturpolitische Lückenbüßer erhalten müssen, solange werden auch sozialdemokratische Wahlprogramme sich nach der Decke strecken müssen. Hinzu kommt, daß weitgesteckte Reformziele nicht losgelöst von der nationalen und internationalen wirtschaftlichen Entwicklung

diskutiert und angestrebt werden können. Ebenso zählen die realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu den Rahmenbedingungen, die wir bei der Formulierung eines Wahlprogramms zu beachten haben.

Wenn von der wirtschaftlichen Entwicklung die Rede ist, dann darf ich darauf hinweisen, daß die Frage der wirtschaftlichen Stabilität eine zentrale Stelle im Programmentwurf einnimmt. Wirtschaftliche Stabilität heißt für Sozialdemokraten zuallererst Stabilität der Arbeitsplätze, so im Wahlprogramm und so in der praktischen Politik.

Auch die CDU im Lande räumt der ‚Sicherheit der Arbeitsplätze‘ in ihrem Wahlprogramm Priorität ein. Nur gibt es zwischen uns und dem, was Köppler sagt, einen beachtlichen Unterschied:

Bei den Sozialdemokraten steht die Sicherung der Arbeitsplätze nicht nur als Versprechen auf dem Papier, wir handeln auch danach: 1966/67 bei der Überwindung der von der CDU herbeigeführten Rezession und heute, in der ungleich schwierigeren Phase einer weltweiten Strukturkrise.

Das gilt im übrigen auch für die in unserem Wahlprogramm enthaltene Forderung nach mehr ‚Bildungsgerechtigkeit‘. Mit der dagegen gestellten Behauptung vom ‚Wirrwarr an den Schulen‘ möchte die CDU doch nur vergessen machen, was in den Jahren ihrer Regierungsführung bis 1966 versäumt, vernachlässigt und falsch gemacht worden ist.

Mehr amüsant als ernst zu nehmen ist die öffentlich dargestellte Überraschung interessierter Kreise, die das Gegenteil suggerieren wollen, daß im Wahlprogramm-Entwurf die marktwirtschaftliche Ordnung prinzipiell Zustimmung findet. In unserem Entwurf stellen wir fest: Die Sozialdemokratische Partei bejaht die Marktwirtschaft überall dort, wo Wettbewerb und freie Preisbildung möglich und wirtschaftlich sinnvoll sind.

Erlaubt mir hier die Anmerkung: Wer der SPD durch süffisante Fragen ständig Bekenntnisse abverlangt, dem haben wir klarzumachen, daß er bei uns an die falsche Adresse geraten ist. Fragen haben die zu beantworten, die durch hemmungslose Preistreiberei, die durch Ausschaltung des Wettbewerbs die Marktwirtschaft aus den Angeln heben. Und von denen sind nicht nur Bekenntnisse zu fordern, sondern auch endlich marktwirtschaftliches Handeln.

Laßt mich meine einführenden Bemerkungen mit zwei Feststellungen abschließen:

- Manch Privilegierter in Nordrhein-Westfalen sieht durch unsere Politik und unser Programm seine Pfründe — bedroht oder seine Vorrechte gefährdet — mit Recht, füge ich hinzu.

Wir haben keinen Grund, deshalb unser Programm und unsere konkrete Politik zu ändern.

- Machen wir jede Anstrengung, um 1980 in unserem Rechenschaftsbericht als Regierungspartei feststellen zu können: das Wahlprogramm 1975 ist die inzwischen Geschichte gewordene Leistung der Sozialdemokraten im Lande Nordrhein-Westfalen."

Zum Verfahren wurde vorgeschlagen zunächst über die Empfehlung der Antragskommission abzustimmen. Dazu erhob sich im Plenum kein Widerspruch. Johannes Rau erläuterte die Aufgabenverteilung der Antragskommission wie folgt:

Programm zur Landtagswahl 1975

- | | | | |
|--|---------------------------|--|---------------------------|
| Vorwort | Johannes Rau | 7. Demokratie durch Freiheit der Presse | Johannes Rau |
| 1. Arbeit und Wirtschaft (außer 1.2 Landesentwicklung) | Dr. Christoph Zöpel | 8. Kulturelle Vielfalt | Dr. Klaus Hänsch |
| 1.2 Landesentwicklung | Dr. Franz-Josef Antwerpes | 9. Förderung des Sports | Dr. Klaus Hänsch |
| 2. Aktiver Umweltschutz | Dr. Franz-Josef Antwerpes | 10. Der Verkehr | Dr. Franz-Josef Antwerpes |
| 3. Leben in Stadt und Land | Karl Trabalski | 11. Innere Sicherheit | Lothar Hentschel |
| 4. Soziale Sicherheit und Gesundheit | Theo Spork | | |
| 5. Politik für Familie und Jugend | Dr. Klaus Hänsch | Leitsätze zur Kommunalpolitik | Karl Trabalski |
| 6. Bildung für alle | Dr. Klaus Hänsch | Das Vorwort wurde in der Fassung der Antragskommission bei einer Enthaltung beschlossen. | |

Abschnitt 1 Planvolle Landesentwicklung für den arbeitenden Menschen

In der Fassung der Antragskommission beschlossen.

**Ziff. 1.1
Ziele der Landesentwicklung**
in der Fassung der Antragskommission mit Mehrheit beschlossen.

**1.2
Unterziffer 1.2.1 — Gestaltung der Wirtschaftsstruktur**
bei Neufassung des 3. Absatzes in der Empfehlung der Antragskommission bei einigen Gegenstimmen angenommen.
Neufassung des 3. Absatzes:
regionalen Aktionsräumen mit entsprechen. Die regionale Wirtschaftsförderung besonders strukturschwacher Arbeitsmarkregionen wird im Rahmen der von Bund und Ländern finanzierten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ konzentriert. Die geförderten Gebiete werden in drei

chenden Schwerpunkorten zusammengefaßt.

In diesen Gebieten werden durch Investitionshilfen von 15 Prozent Industrieansiedlungen, Investitionen im produzierenden Bereich, Fremdenverkehrseinrichtungen und kommunale Infrastrukturmaßnahmen finanziert. Es sollen von 1975 bis 1978 auf diese Weise rund 100 000 Arbeitsplätze neu geschaffen und rund 45 000 erhalten werden. Wir Sozialdemokraten werden Hilfen für weitere förderungsbedürftige, strukturschwache Arbeitsmarkregionen in einem Ergänzungsprogramm zu den Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe bei flexibler Anpassung an die sich wandelnden Bedürfnisse gewähren.

Unterziffer 1.2.2 — Energiepolitik
In der Fassung der Antragskommission unter Hinzufügung des Satzes „Dabei

werden die Auswirkungen auf die Umwelt beachtet; als letzter Satz von Absatz 2 mit Mehrheit beschlossen.

Unterziffer 1.2.3 – Agrarstrukturpolitik
Mit folgender Änderung des zweiten Satzes von Absatz 2

Die regional vorhandenen Versorgungs-, Verbraucher- und Umweltfunktionen der Land- und Forstwirtschaft sind zu stärken.
in der Fassung der Antragskommission mit Mehrheit angenommen.

Unterziffer 1.2.4. – Förderung der beruflichen Chancen

in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung mit Mehrheit angenommen.

Unterziffer 1.2.5 – Konjunkturpolitische Sicherung der Arbeitsplätze

Absatz 1 und 2 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Die grundsätzlich notwendige Sparbarkeit im Bereich der öffentlichen Verwaltung und die wirtschaftliche und rationelle Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen, dürfen in Zeiten konjunktureller Schwäche nicht zu zusätzlichen Arbeitsplatzverlusten führen.

Ziff. 1.5.

Humanere Arbeitswelt

in der Fassung der Antragskommission beschlossen.

Unterziffer 1.5.1 – Mitbestimmung

Bei Änderung des 2. Absatzes (Empfehlung der Antragskommission) wie folgt:

Die Mitbestimmung auf Unternehmensebene soll dazu beitragen, dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeit und Kapital zum Durchbruch zu verhelfen.

entgegen der von der Antragskommission empfohlenen Neufassung des Absatzes 5 wie folgt:

Ein von Unternehmensverbänden und Gewerkschaften paritätisch besetzter Wirtschaft- und Sozialrat soll an der

Entwicklung einer vorausschauenden langfristigen Wirtschafts- und Sozialpolitik für das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt werden und so die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigen.

bei Einfügung eines 9. Absatzes (Empfehlung der Antragskommission) wie folgt:

in Wirtschaftsunternehmen des privaten Rechts, bei denen das Land NRW allein oder in Verbindung mit dem Bund oder mit Gemeinden am Kapital beteiligt ist, werden wir die paritätische Mitbestimmung der dort beschäftigten Arbeitnehmer führen.

beschlossen.

Ziff. 1.5 wird Ziff. 1.3. Entsprechend ändern sich die Unterziffern.

Unterziffer 1.5.2 – Jugendarbeitsschutz

wird in der Fassung wie folgt beschlossen:

Besonders die im Berufsleben stehenden Jugendlichen müssen mehr als bisher geschützt und in ihrer Entfaltung gefördert werden.

Die Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes setzt das Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit von 14 auf 15 Jahre herauf, führt die Fünftageweche für Jugendliche ein und verkürzt die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden. Der Jahresurlaub wird verlängert und der Gesundheits- und Gefahrenschutz verstärkt.

und als Absatz 4 und Absatz 5 in Unterziffer 1.3.7 – Arbeitsschutz und Jugendarbeitsschutz aufgenommen.

Unterziffer 4.3.2 – Arbeitsschutz ist ersatzlos zu streichen.

Unterziffer 1.5.3 – Die berufstätige Frau

Gemäß der Empfehlung der Antragskommission beschlossen unter Ergänzung des 11. Spiegelstriches, der demnach wie folgt lautet:

– verstärkte Förderung von Veranstaltungen, in denen Frauen über ihre verbesserten Rechte im Betriebsverfassungsgesetz, Tarifvertragsrecht,

Arbeitsförderungsgesetz und in der Sozialversicherung informiert werden.

Es folgte der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Von den geladenen 300 Delegierten und 18 Mitgliedern des Landesvorstandes waren insgesamt anwesend 284. Davon waren elf ohne Buch erschienen, in vier Fällen waren die Bücher nicht ordnungsgemäß geklebt. Der Parteitag entschied mit Zustimmung der Bezirke, den Betroffenen das Stimmrecht zu erteilen.

Der Parteitag wurde für eine Stunde zur Mittagspause unterbrochen.

Als Gast des Parteitages begrüßte Hermann Heinemann herzlich das Präsidiumsmitglied der Israelischen Arbeiterpartei Giora Rosen.

Giora Rosen überbrachte dem Parteitag im Auftrag der Israelischen Arbeiterpartei ein herzliches Shalom. Er hob in seinen Ausführungen besonders den gemeinsamen Kampf gegen konservative und reaktionäre Kräfte hervor und betonte die gemeinsame Stärke, die rechte Parteien an der Übernahme politischer Macht hindern werde. Dem Parteitag und dem Wahlkampf wünschte Genosse Rosen einen erfolgreichen Verlauf. Unter Beifall kündigte Hermann Heinemann eine Grußadresse an die Freunde in Israel an.

Unterziffern 1.5.4 – Beschäftigung von Behinderten

Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 1.5.5 – Ausländische Arbeitnehmer

Angenommen gemäß der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 1.5.5 wird Unterziffer 1.3.4.

Unterziffer 1.5.6 – Schutz bei Konkursen

Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 1.5.6 wird Unterziffer 1.3.5.

Unterziffer 1.5.7 – Betriebliche Rente

Annahme in der Fassung der Antrags-

kommission als Ergänzung des 2. Absatzes.

Unterziffer 1.5.7 wird Unterziffer 1.3.6.

Unterziffer 1.5.8 – Arbeitsschutz

Annahme der Änderungsempfehlungen der Antragskommission unter Hinzunahme der Abschnitte 1.5.2 – Jugendarbeitsschutz und 4.3.2 – Arbeitsschutz. Unterziffer 1.5.8 wird mit Änderung der Überschrift Unterziffer 1.3.7 – Arbeitsschutz und Jugendarbeitsschutz.

Ziff. 1.6

Wettbewerb für den Verbraucher

erhält folgende Fassung (Empfehlung der Antragskommission):

Die Sozialdemokratische Partei bejaht die Marktwirtschaft, überall dort, wo Wettbewerb und freie Preisbildung möglich und wirtschaftlich sinnvoll sind. Bei unserer Wirtschaftspolitik lassen wir uns von dem im Godesberger Programm aufgestellten Grundsatz 'Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig' leiten. Unternehmenskonzentration und Marktbeherrschung verkehren aber die Vorteile der Marktwirtschaft in ihr Gegenteil.

Die Verbraucher werden durch das Preisdiktat von Großunternehmen ausgebeutet; das Verhalten der multinationalen Mineralölkonzerne ist das bekannteste Beispiel.

Um die Verbraucher zu schützen, werden wir Sozialdemokraten den freien Wettbewerb stärken. Der Bundestag hat durch die Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erste Weichen gestellt. Das Kartellamt kann jetzt verstärkt gegen Monopolunternehmen vorgehen. Anzustreben bleibt der Einbau einer vorbeugenden Kontrolle gegen mißbräuchliche Preispolitik marktbeherrschender Unternehmen.

In Nordrhein-Westfalen werden wir vor allem die Stellung der kleinen und mittleren Betriebe durch gezielte Maßnahmen unterstützen, um einen funktionsfähigen Wettbewerb zu erreichen. Dem dient eine angemessene Berücksichtigung dieser Betriebe bei der Vergabe

von öffentlichen Aufträgen und im Rahmen der Kreditprogramme des Landes.

Die schwächste Stellung in der Wirtschaft hat der Verbraucher. Er kann das Angebot weder der Qualität noch den Preisen nach überschauen. Seine Rechte werden häufig durch schwer verständliche Vertragsbedingungen beschnitten. Er kann nicht übersehen, ob bestimmte Produkte seine Gesundheit gefährden. Ziel sozialdemokratischer Politik ist die Absicherung des Verbrauchers gegen gesundheitliche Gefahren, sein Schutz vor übermächtigen Anbietern und unlauteren Verkaufsmethoden sowie seine noch bessere Unterrichtung.

Schutz der Verbraucher ist eine öffentliche Aufgabe. Dabei steht an erster Stelle eine verbesserte und verstärkte Verbraucheraufklärung. Die Verbraucherinformationen müssen allgemein ver-

ständig vermittelt werden. Es sollen Marktübersichten erstellt sowie Preis- und Qualitätsvergleiche durchgeführt werden.

Voraussetzung einer solchen Verbraucherberatung ist ein dichtes Netz von Verbraucherberatungsstellen im ganzen Lande. In Zusammenarbeit mit örtlichen Verbrauchervereinen bieten diese Beratungsstellen die ständige Möglichkeit für jeden Bürger, sich über seine Vor- und Nachteile als Konsument zu informieren.

Der kritische Verbraucher muß frühzeitig herangebildet werden. Deshalb sollte Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge und besonders über die Rolle des Verbrauchers schon im Unterricht der Schulen vermittelt werden.

Ziff. 1.6 wird Ziff. 1.4.

Abschnitt 2 Aktiver Umweltschutz ohne Änderungsantrag

**Ziff. 2.1
Umweltpolitische Grundsätze**
Annahme der Empfehlungen in der Fassung der Antragskommission. Streichung des 2. Satzes von Absatz 1 sowie der Absätze 2, 3 und 4 (Entwurf).

**Ziff. 2.2
Maßnahmen gegen Umweltsünder**
Bei einigen Gegenstimmen Annahme der Empfehlungen der Antragskommission.

Als 5. Spiegelstrich:
— Lenkungsmaßnahmen für den Individualverkehr, um die Bürger insbesondere vor übermäßiger Lärmbelästigung zu schützen.

als 8. Spiegelstrich:
— Konsequente und strenge Anwendung der Straf- und Bußgeldvorschriften für Umweltsünder.

**Ziff. 2.3
Schutz der Landschaft
ohne Änderungsantrag.**

Unterziffer 2.3.1 — Die Landschaft gehört allen
Annahme in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung unter Streichung des 2. Absatzes (Entwurf).

Unterziffer 2.3.2 — Schutz der Natur
Mit Mehrheit beschlossen gemäß den Empfehlungen der Antragskommission.

Unterziffer 2.3.3 — Sozialpflichtigkeit
ohne Änderungsantrag.

Unterziffer 2.3.4 — Zusammenarbeit mit dem Bürger
Annahme bei Änderung des 2. Absatzes, der folgende Fassung erhält:

Wir Sozialdemokraten machen deshalb Landschaftspolitik mit allen Gruppen unserer Gesellschaft — insbesondere auch mit den Land- und Forstwirten.

Abschnitt 3 Leben in Stadt und Land

**Ziff. 3.1
Die Wohnung**
Einstimmige Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 3.1.1 — Hilfe für sozial Schwache
Einstimmige Annahme der Empfehlung der Antragskommission. Ergänzung des 3. Absatzes in der Fassung der Antragskommission, dafür Streichung des 4. Absatzes (Entwurf).

Unterziffer 3.1.2 — Freie Wahl und Förderung
Ohne Gegenstimme gemäß der Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Unterziffer 3.1.3 — Platz für Kinder
Einstimmige Annahme in der Fassung der Antragskommission. Anstelle des 2. Satzes von Absatz 1:
Deshalb müssen ausreichend große Kinderzimmer und gemeinschaftliche Spielräume errichtet werden.
Als Ergänzung des 2. Absatzes:
In bereits bestehenden Wohnsiedlungen sollen nachträglich gemeinschaftliche Spielräume für Kinder errichtet werden.

Unterziffer 3.1.4 — Neue Wohnformen
Ohne Gegenstimme angenommen als Absatz 2 (neu) in der Fassung der Antragskommission. Absatz 2 des Entwurfs wird Absatz 3.

Unterziffer 3.1.5 — Modernisierung von Wohnungen
Annahme in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung anstelle der Absätze 2 und 3 des Entwurfs.

Unterziffer 3.1.6 — Mieten und Wohngeld
Annahme mit folgender Ergänzung des 5. Absatzes:
Wo das nicht der Fall ist, soll durch einen entsprechenden Härteausgleich sichergestellt werden, daß die

Mieten auf die Wohngeldobergrenze gesenkt werden, und unter Hinzunahme des folgenden (6.) Absatzes (entgegen der Empfehlung der Antragskommission):

Förderungsmaßnahmen, die einkalkuliert nach Bezug der Wohnung zu mehrmaligen sprunghaft ansteigenden Belastungen und Mieten, aber auch zu Konflikten und Ungerechtigkeiten führen, müssen durch eine andere Art der Förderung ersetzt werden.

Unterziffer 3.1.7 — Beratung
Einstimmige Annahme in der Fassung der Antragskommission.
Eingefügt wird folgender Text als neue

Unterziffer 3.1.7 — Heizungskosten
Auch die Höhe der Heizungskosten kann nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben. Es geht nicht an, daß von Bürgern der Anschluß an bestimmte zentrale Heizungsanlagen oder Fernheizwerke verlangt wird, ohne daß gleichzeitig auch Vorschriften für die Berechnung angemessener Heizungskosten erlassen werden. Im sozialen Wohnungsbau müssen solche Vorschriften mit in die Förderungsbestimmungen des Landes aufgenommen werden.
Unterziffer 3.1.7 Beratung wird Unterziffer 3.1.8.

**Ziffer 3.2
Die Wohnungsumwelt**
Beschlissen gemäß den Empfehlungen der Antragskommission bei Änderung des letzten Satzes von Absatz 6 wie folgt:

Außerdem wollen wir, daß im Sinne des Grundgesetzes arbeitende selbstverwaltete Jugendzentren von Land und Kommunen in jeder Weise unterstützt werden und dafür Fachkräfte zur Verfügung stehen.
und Einfügung eines neuen Absatzes 8. Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9 und erhält folgende Ergänzung:

Wir Sozialdemokraten werden die Errichtung und die spätere Unterhaltung von Bürgerhäusern fördern.

Initiativantrag 2

Oberweisung als Material an den Landesvorstand und die Landeswahlkampfleitung.

Initiativantrag 3

Überweisung an die SPD-Landtagsfraktion (entgegen der Empfehlung der Antragskommission auf Nichtbefassung).

Ziffer 3.3

Demokratische Planung

Unterziffer 3.3.1 – Beteiligung der Bürger

Einstimmig beschlossen gemäß der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 3.3.2 – Mietermitbestimmung

Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 3.3.3 – Hilfe für die Gemeinden

Bei einer Gegenstimme Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 3.3.4 – Sanierung und Stadtentwicklung

Einstimmige Annahme der Empfehlungen der Antragskommission, jedoch anstelle des letzten Absatzes:

Abschnitt 4

Soziale Sicherheit und Gesundheit

Ohne Änderungsantrag

Ziffer 4.1

Solidarität mit Benachteiligten

Ohne Änderungsantrag

Unterziffer 4.1.1 – Hilfe für ältere Mitbürger

Annahme in der Fassung der Antragskommission anstelle des 5. Spiegelstriches.

Überörtliche Verkehrsadern (Schnellbahnen) sollen in Zukunft möglichst nicht mehr durch bereits bestehende oder im Entstehen begriffene Wohngebiete führen.

Ziffer 3.4

Reform der Gemeinde

Ohne Änderungsantrag

Unterziffer 3.4.1 – Bürgernähe

Annahme der Empfehlungen der Antragskommission.

Unterziffer 3.4.2 – Vereinfachung

Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 3.4.3 – Information für die Bürger

Einstimmig beschlossen gemäß den Empfehlungen der Antragskommission.

Unterziffer 3.4.4 – Eine neue Gemeindeverfassung

Ablehnung der Empfehlung der Antragskommission. Der Parteitag entschied mit Mehrheit für die Fassung des Entwurfs.

Unterziffer 3.4.5 – Bessere Gemeindefinanzen

Bei wenigen Gegenstimmen Annahme der Empfehlungen der Antragskommission.

Unterziffer 4.1.2 – Integration der Behinderten

Einstimmige Annahme in der Fassung der Antragskommission als Absatz 2 und 3:

(2) Die öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmittel sind den Bedürfnissen Körperbehinderter stärker als bisher anzupassen.

(3) Wir Sozialdemokraten werden die Einrichtung von Sonderkindergärten, Sonderschulen, Anlernwerkstätten für Behinderte weiter fördern, Tages- und Nachtkliniken einrichten und Hilfe und Beratung für betroffene Familien stärken.

bei Streichung des 2. Satzes von Absatz 1.

Unterziffer 4.1.3 – Unterstützung von Ausiedlern und ausländischen Arbeitnehmern

Bei wenigen Gegenstimmen beschlossen in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung.

Unterziffer 4.1.4 – Menschenwürde trotz Obdachlosigkeit

Bei wenigen Gegenstimmen Annahme der Neufassung des Absatzes (Empfehlung der Antragskommission).

Unterziffer 4.1.5 – Hilfen für Opfer von Strahlatten

Annahme in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung.

Ziffer 4.2

Öffentliche Rechtsberatung

Entgegen der vorliegenden Empfehlung wird auf Vorschlag des Sprechers der Antragskommission der Antrag des Unterbezirks Dortmund (ohne Absatz 1) als Beratungsgrundlage genommen.

Annahme als Absatz 5 unter Belbehaltung der Absätze 1 bis 4 des Entwurfs.

Ziffer 4.3

Gesundheit

Einstimmig beschlossen in der Fassung der Antragskommission.

Unterziffer 4.3.1 – Vorsorge

Einstimmige Annahme in der Fassung der Antragskommission anstelle des 2. Satzes von Absatz 3:

Dazu gehört auch die Aufklärung über Drogen- und Rauschmittelmissbrauch und ihre Bekämpfung.

daran anschließend als neuer Absatz:
Die Krebsvorsorgeuntersuchungen sollen altersunabhängig werden und für jeden Bürger frei und offen sein.

Unterziffer 4.3.2 – Arbeitsschutz

Annahme der Empfehlung der Antragskommission zur Aufnahme in Unterziffer 1.3.7 (neu) – Arbeitsschutz und Jugendarbeitsschutz.

Unterziffer 4.3.3 – Lebensmittelüberwachung

Annahme bei einer Gegenstimme in der Fassung der Antragskommission als letzte Unterziffer (4.3.7) von Abschnitt 4.

Unterziffer 4.3.4 – Gleiche Behandlung für alle Kranken

Einstimmige Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 4.3.4 wird Unterziffer 4.3.2.

Unterziffer 4.3.5 – Hilfe für psychisch Kranke

Einstimmig beschlossen gemäß den Empfehlungen der Antragskommission.

Unterziffer 4.3.5 wird Unterziffer 4.3.3.

Unterziffer 4.3.6 – Schnellere und bessere Heilung

Bei wenigen Gegenstimmen Annahme der Neufassung des 3. und 4. Absatzes (Empfehlung der Antragskommission).

Unterziffer 4.3.6 wird Unterziffer 4.3.4.

Unterziffer 4.3.7 – Verbesserung des Arbeitsplatzes „Krankenhaus“

Bei wenigen Gegenstimmen Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 4.3.7. wird Unterziffer 4.3.5.

Unterziffer 4.3.8 – Ärztliche Versorgung auf dem Lande

Bei wenigen Gegenstimmen unter Hinzunahme des Antrages des Unterbezirks Dortmund (Empfehlung der Antragskommission: Nichtbefassung):

– Krankenhäuser Ambulatorien bekommen,

der als 1. Spiegelstrich eingefügt wird, beschlossen.

Unterziffer 4.3.8 wird Unterziffer 4.3.6.

Abschnitt 5 Politik für Familie und Jugend

Die vorliegende Empfehlung der Antragskommission wird vom Sprecher der Antragskommission dahingehend abgeändert, daß die Absätze 2, 3, 4, 6, 7 und 8 des Antrages des Unterbezirks Dortmund zur Annahme vorgeschlagen werden. Damit erledigt sich der Antrag der Ortsvereine Köln-Mitte und Aachen-Nord.

In dieser Fassung wird Abschnitt 5 einstimmig angenommen.

Abschnitt 6 Bildung für alle

Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Ziffer 6.1 Die Notwendigkeit der Reform

Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Ziffer 6.2 Die Stufengliederung des Bildungswesens

Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Unterziffer 6.2.1 — Kindergarten und Vorschule (Elementarstufe)

Beschlossen gemäß der Empfehlungen der Antragskommission.

Unterziffer 6.2.2 — Grundschule (Primarstufe)

Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen Annahme der Empfehlungen der Antragskommission.

Unterziffer 6.2.3 — Die Sekundarstufe I und der Weg zur Gesamtschule

Bei einigen Enthaltungen Annahme der Empfehlungen der Antragskommission bei Änderung des letzten Satzes (Entwurf) wie folgt:

Die Erfahrungen an Schulzentren und Gesamtschulen werden über Organisationsformen des künftigen nach

Initiativantrag 1

Überweisung als Material an den Landesvorstand und an die Landeswahlkampfleitung.

Initiativantrag 4

Ebenfalls Überweisung ohne die beiden letzten Absätze.

Stufen geordneten Schulwesens für die Zehn- bis Fünfzehnjährigen entscheiden.

und Streichung des Wortes „qualitativ“ in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung der Ergänzung des 2. Absatzes.

Der Vorschlag zur Neuformulierung der Unterziffer 6.2.3 aus einzelnen Teilen der vorliegenden Anträge wurde vom Präsidium abgelehnt, da die Zusammenfassung einen neuen Antrag ergab und die Frist zur Einreichung von Initiativanträgen bereits abgelaufen war.

Unterziffer 6.2.4 — Berufliche und allgemeine Bildung (Sekundarstufe II)

Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme Annahme der Empfehlungen der Antragskommission mit folgender Modifizierung

zu Absatz 1, letzter Satz (Entwurf):

Gymnasiale Bildung kann nicht länger ausschließlich auf wissenschaftliches Studium ausgerichtet sein, die muß berufsbezogene Anwendungsbereiche mitberücksichtigen und auf einen Beruf vorbereiten.

und Hinzufügung eines weiteren (7.) Spiegelstriches wie folgt:

– Jugendliche ohne qualifizierende Berufsausbildung erhalten eine verstärkte berufliche Grundbildung.

Ziffer 6.3

Auf dem Weg zur Stufenschule

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Ziffer 6.4

Soziale Aspekte der Bildungspolitik

Einstimmige Annahme der Empfehlung der Antragskommission, in Absatz 2, Satz 1 zu ergänzen (entgegen der schriftlich vorliegenden Empfehlung):

... sind besonders in sozialen Brennpunkten ...

und Aufnahme eines weiteren Absatzes

Ziffer 6.5

Weiterbildung

Annahme der Empfehlung der Antragskommission bei einigen Gegenstimmen.

Ziffer 6.6

Fernun/versität

Ohne Änderungsantrag

Ziffer 6.7

Hochschulen

Einstimmige Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Ziffer 6.8

Forschung

Ohne Änderungsantrag

Die Genossen Schoofs, Niederrhein und Koch, Mittelrhein erhielten nach Schluß der Debatte 6 Gelegenheit zu persönlichen Erklärungen

Abschnitt 7 Demokratie durch Freiheit der Presse

Ziffer 7.1

Informationstfreiheit und Meinungsvielfalt

Entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

Journalistische Unabhängigkeit und Mitbestimmung.

Ziffer 7.2

Journalistische Unabhängigkeit

Einstimmig beschlossen gemäß der Empfehlung der Antragskommission mit geänderter Überschrift:

Ziffer 7.3

Freiheit von Funk und Fernsehen

Annahme der Neufassung des 2. Absatzes auf Empfehlung der Antragskommission.

Ziffer 7.4

Journalistenausbildung

Ohne Änderungsantrag

Abschnitt 8 Kulturelle Vielfalt

Einstimmige Annahme der Formulierung und der übrigen Empfehlungen der Antragskommission.

Ziffer 8.2

Bibliotheken

Ohne Änderungsantrag

Ziffer 8.3

Museen

Einstimmige Annahme der Empfehlungen der Antragskommission.

Abschnitt 9 Förderung des Sports

Grundsätze der Entwicklung
Alle Ziffern ohne Änderungsantrag

Abschnitt 10 Der Verkehr

Bei wenigen Stimmenthaltungen Annahme der Empfehlung der Antragskommission.

Ziffer 10.1
Grundsätze der Entwicklung
Ohne Änderungsantrag

Abschnitt 11 Innere Sicherheit

Ziffer 11.1
Schutz vor Kriminalität
Entgegen der Empfehlung der Antragskommission wurde beschlossen, die Anträge zu Ziffer 11.1 als Material an den Landesvorstand zu überweisen. Angenommen wurde der Entwurfstext, ergänzt um folgende zwei Spiegelstriche, die nach dem 1. Spiegelstrich einzufügen sind:

- systematische Kriminalitätsursachenerforschung
- Koordinierung aller Verwaltungen, soweit sie Bezug zum Kriminalitätsgeschehen haben.

Initiativantrag 8 (zu 11.1)
Überweisung des übrigen Textes an den Landesvorstand.

Ziffer 11.2
Maßnahmen gegen die Wirtschaftskriminalität

Ziffer 10.2
Vorrang für öffentliche Verkehrsmittel
Annahme in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung.

Ziffer 10.3
Der Straßenverkehr
Mit Mehrheit beschlossen in der Empfehlung der Antragskommission.

Initiativantrag 8 (zu 11.2)
Annahme der Empfehlung der Antragskommission zur Überweisung.

Ziffer 11.3
Moderner Strafvollzug als Resozialisierung
Annahme der Empfehlung der Antragskommission bei einer Änderung in Absatz 1, Satz 2, in dem ‚antisozialen‘ durch ‚sozialschädlichen‘ zu ersetzen ist.

Ziffer 11.3 wird Ziffer 11.4 durch die Annahme des Antrages zur Einführung einer neuen

Ziffer 11.3 – Kleinkriminalität
entgegen der Empfehlung der Antragskommission.

Als neuer Abschnitt 12 Recht und Gerichtsbarkeit

wird der von der Antragskommission als Ziffer 11.4 zur Annahme empfohlene Abschnitt beschlossen.

Initiativantrag 8 (zu 11.4 und 11.5)
Annahme der Empfehlung der Antrags-

kommission bei Änderung des letzten Absatzes wie folgt:

Deshalb sollen insbesondere öffentliche Arbeitgeber verstärkt straffällig Gewordene einstellen zum Zwecke der Resozialisierung.

Leitsätze zur Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen

Zum Verfahren wurde vom Sprecher der Antragskommission vorgeschlagen, die Empfehlungen der Antragskommission, die mit einer Ausnahme im Abschnitt 'Mehr Demokratie und Menschlichkeit in den Gemeinden' und einer Streichungsempfehlung im Abschnitt 'Integration ausländischer Arbeitnehmer' auf den Beschlüssen der kommunalpolitischen Bundeskonferenz 1974 in Nürnberg beruhen, anzunehmen.

Bei einer Änderung im letzten Absatz des Abschnittes 'Kommunalpolitik' ist auch Sozialpolitik wie folgt

Besonderes Augenmerk müssen Land und Gemeinden den Problemen der älteren Mitbürger, ...
wurden die Empfehlungen der Antragskommission angenommen.

Die Annahme des gesamten Wahlprogramms erfolgte einstimmig.

Initiativantrag 9

Der ordentliche Landesparteitag wird vom Frühjahr 1975 auf den Herbst 1975 verlegt.

Begründung:

Der ordentliche Landesparteitag findet laut Satzung des SPD-Landes-

verbandes NRW § 5 alle zwei Jahre statt.

Der letzte ordentliche Parteitag fand am 13./14. Januar 1973 in Essen statt.

Im Herbst 1973 hatten wir einen außerordentlichen Landesparteitag in Münster und Dortmund. Am 7. und 8. Dezember 1974 findet der außerordentliche Landesparteitag und die Landesdelegiertenkonferenz zur Verabschiedung des Wahlprogramms und der Landesreserveliste statt.

Im Hinblick auf den Wahltermin am 4. Mai 1975 und der anschließenden Konstituierung der Gemeindevertretungen und des Landtags und den Auftrag, die Ergebnisse der kommunalen Neugliederung bei der künftigen Organisationsform des Landesverbandes zu berücksichtigen, wird die Vertagung des Parteitages zum organisatorisch frühestmöglichen Termin nach den Sommerferien 1975 vorgeschlagen.

Einstimmig angenommen.

Entschließung zur Wirtschafts- und Beschäftigungslage

Der außerordentliche Landesparteitag Nordrhein-Westfalen begrüßt die von Bundes- und Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur gezielten Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungslage.

Bundes- und Landesregierung müssen rechtzeitig weitere, auf die besonders betroffenen Regionen und Wirtschaftszweige gezielte Programme zur Wirtschaftsbelebung vorbereiten und einsetzen. Dabei sind die Gewerkschaften und die Verbände der Wirtschaft eng zu beteiligen.

Der außerordentliche Landesparteitag Nordrhein-Westfalen fordert, dabei die Mittel vordringlich zu konzentrieren auf

- den Bau von Sozialwohnungen und zur Altbaumodernisierung,
- den beschleunigten Bau von Sozialeinrichtungen,
- den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,
- die Einrichtung überbetrieblicher Bildungsstätten,
- die Verstärkung von Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen.

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer schwierigen Situation. Wir stehen am Beginn weitreichender Strukturveränderungen. Viele Wirtschaftszweige und Re-

gionen sind davon betroffen. Die Folgen für zahlreiche Arbeitnehmer sind schwerwiegend, in manchen Bereichen vor allem für Frauen. Diese Arbeitnehmer haben Anspruch auf die Solidarität der Gesellschaft und einen voll ausgebauten sozialen Schutz.

Ein hoher Beschäftigungsgrad muß gewährleistet werden. Für Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, müssen beschleunigt neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Sie müssen durch umfassende soziale Maßnahmen – einschließlich systematischer Umschulungshilfen – den Anschluß an eine neue Tätigkeit, an eine neue berufliche Chance finden.

Die Bundesrepublik Deutschland und ganz besonders das Land an Rhein und Ruhr haben durch den Fleiß und die Anstrengungen aller den Aufbau aus den Trümmern des Krieges geschafft und manche Krise überwunden.

Sie stehen in den jetzigen weltweiten Wirtschaftsschwierigkeiten besser da als viele andere. Sie haben darum auch besonders gute Bedingungen, die Schwierigkeiten zu meistern und einen neuen Aufschwung einzuleiten.

Der außerordentliche Landesparteitag ruft alle Bürger Nordrhein-Westfalens auf, daran mit Entschlossenheit, Zuversicht und Solidarität mitzuwirken. Bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

4. Schlußwort

In seinem Schlußwort dankte Hans Otto Bäumer allen Delegierten für die zügige Mitarbeit bei der Verabschiedung des Wahlprogramms,

den Mitgliedern des Präsidiums, insbesondere Hermann Heinemann,

Johannes Rau und den Mitgliedern der Antragskommission,

allen Mitarbeiterinnen des Unterbezirksbüros Oberhausen,

allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Landesbüros,

allen Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Fachgremien, die die vorbereitenden Arbeiten geleistet haben,

sowie den Mitgliedern der Falkengruppe, die durch ihre Mitarbeit ebenfalls zum Gelingen des Parteitages beigetragen haben.

Mit einem herzlichen Glückauf wurden die Anwesenden verabschiedet.

Hermann Heinemann schloß den Parteitag um 18.30 Uhr.

PROTOKOLL

über Verlauf und Ergebnisse der Landesdelegiertenkonferenz
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nordrhein-Westfalen
am 8. Dezember 1974 in Oberhausen, Stadthalle

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung und Begrüßung

Heinz Junker, stellvertretender Landesvorsitzender

2. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz

- a) Wahl der Versammlungsleitung
- b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
- c) Wahl der Wahlkommission

3. Beschlußfassung über die Landesreserveliste

4. Referat des Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten

5. Schlußwort

1. Eröffnung und Begrüßung

Beginn der Landesdelegiertenkonferenz: 9.15 Uhr

Heinz Junker eröffnete namens des Landesvorstandes die Landesdelegiertenkonferenz:

Liebe Genossinnen und Genossen!
Meine Damen und Herren!
Verehrte Gäste!

Nachdem wir gestern auf dem Landesparteitag das Wahlprogramm für die kommende Landtagswahl verabschiedet haben, haben wir heute in der Landesdelegiertenkonferenz den Spitzenkandidaten zu wählen und die Landesliste zu verabschieden sowie das Referat des gewählten Spitzenkandidaten entgegenzunehmen. Ich darf alle Delegierten und Gäste herzlich willkommen heißen. Ich begrüße insbesondere den Ministerpräsidenten und erneuten Spitzenkandidaten für dieses Amt, Heinz Kühn.

Der Zufall hat es so gewollt, daß Heinz Kühn heute vor acht Jahren zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Wir nehmen diese Tatsache als ein gutes Omen für den neuen Wahlgang. Wir versichern ihm, daß das was wir tun können, daß er für eine weitere Legislaturperiode Ministerpräsident wird, geschehen wird. Da nicht alle Delegierten heute identisch sind mit denen von gestern, darf ich denen, die dazugekommen sind, erklären — genauso wie Hans-Otto Bäumler gestern —, warum ich hier als einer der Stellvertreter von Werner Figgen stehe. Werner Figgen ist krank. Er kann an dieser Delegiertenkonferenz nicht teilnehmen. Unsere besten Wünsche für seine baldige Genesung begleiten ihn.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Landesdelegiertenkonferenz findet in einer schwierigen Situation statt. Es wäre sicherlich falsch, wenn wir diese Tatsache übersehen wollten. Die Weltwirtschaft ist in Bewegung geraten und wir wissen bis zur Stunde nicht, wohin sie sich entwickelt und welche Gefährdungen sich aus dieser Bewegung erge-

ben werden. Damit ist zwangsläufig eine gewisse Unsicherheit verbunden und wir wären gut beraten, wenn wir uns überhaupt keine Illusionen über die Gefährlichkeit von Unsicherheit und Angst auch in diesem Lande machen dürfen. Eine der Aufgaben, denen wir uns in diesem Wahlkampf gegenübersehen, ist die Feststellung, daß Angst der schlechteste Ratgeber für Wähler ist. Die deutsche Geschichte bietet genügend Beispiele dafür, wohin Angstreaktionen den Wähler geführt haben.

Für uns aber sollte gelten, daß in einer schwierigen Lage ein ganz kühler, nüchterner Verstand notwendig ist, damit wir begreifen, worum es sich handelt, damit wir verstehen, daß Sprüche, Formeln und Patentlösungen uns in einer solchen Sache nicht weiterhelfen. Nüchterne Analyse und beherztes Handeln ist das, was uns not tut. Wir sehen uns einer Lage beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt gegenüber, die dahin zu führen droht, daß ein unendlich langer Katalog von Leistungen sozialdemokratisch geführter Regierungen in Bund und Ländern verdunkelt werden.

Wir haben aufzuweisen eine Vielzahl von großen und kleinen Reformen und wir haben festzustellen, daß alle diese Reformen getan werden mußten und getan worden sind und, daß sie eben nur von sozialdemokratisch geführten Regierungen getan wurden und getan werden konnten. Wir haben zu erinnern an das Thema Ostpolitik und wir haben zu erinnern an die Stimmenthaltung, die die Opposition dabei geübt hat. Wir haben zu erinnern an die in den nächsten Tagen in Kraft tretende Steuerreform und daran, daß die Opposition zum Thema Steuerreform nicht in der Lage war, ein

Alternativprogramm zu entwickeln. Wir haben zu erinnern beispielsweise an das soziale Mietrecht und daran, daß die Opposition, als sie regierte, uns das Abenteuer mit den weißen Kreisen eingebrockt hat. Wir haben zu erinnern an den Paragraphen 218 und daran, daß, solange wir das nicht vorangetrieben hatten, die Opposition damals allenfalls mit Heimen für „gefallene“ Mädchen diesem Problem begegnen wollte. Wir haben zu erinnern an die flexible Altersgrenze und daran, daß damals, als die Opposition den Kanzler stellte, die Heraufsetzung der Altersgrenze auf 66 diskutiert wurde. Wir haben zu erinnern an die Erhöhung der zu kleinen Renten und daran, daß man uns jahrelang mit dem Rentenberg erschrecken wollte. Wir haben zu erinnern an das Betriebsverfassungsgesetz und daran, daß der Mittelstandskreis der CDU seinen Anhängern verkündet, dies müsse revidiert werden. Wir haben zu erinnern an kostenlose Vorsorgeuntersuchung und daran, daß die Opposition, als sie regierte, der Meinung war, man müsse die Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten einführen. Das sind nur einige wenige Beispiele aus dem Katalog dessen, was wir geleistet haben und aus den Fehlleistungen der heutigen Opposition, als sie noch an der Regierung war.

Wir haben festzustellen, daß die Opposition, als sie regierte, keinen Einfallsschritt in Richtung sozialen Fortschritts entwickelt hat. Wir haben zu sagen, daß sie in der Opposition eine Menge hinzulernt hat. Wir haben aber festzustellen, daß sie in einer weiteren Periode der Opposition Gelegenheit erhalten sollte, noch mehr als bislang hinzulernen. Denn es täuscht uns keine hektische Aktivität darüber hinweg, daß diese Opposition bis zur Stunde weder personell noch sachlich eine Alternative darstellt. Es wird in diesem Wahlkampf eine unserer Aufgaben sein, in jeder einzelnen Frage nach den konkreten Absichten dieser Opposition zu fragen, uns nicht damit zufrieden zu geben, daß sie mit allgemeinen Bemerkungen über

ihr politisches Wollen sich aus der Affäre zieht, sondern zu fragen, wie jeder einzelne Schritt konkret aussehen soll.

Darüber hinaus glaube ich, müssen wir uns klar sein über die Problematik der wirtschaftlichen Lage. Wir haben gestern zum Schluß des Parteitages eine Resolution diskutiert. Im Anschluß daran darf ich darauf hinweisen, daß Wirtschaft und Währung der Welt in Unordnung geraten sind und daß wir uns in diesem Lande mit den Gefährdungen, die daraus entstehen, zu beschäftigen haben. Die Feststellung muß damit beginnen, daß Rezepte zur Besserung dieser Lage dünn gesät sind. Eins allerdings darf man dazu glaube ich heute schon sagen: Daß die Rezepte von gestern offensichtlich nicht mehr ausreichen.

Ich gestatte mir den Hinweis an diese Delegiertenkonferenz — mit der Bitte, das nun wirklich ganz ernst zu nehmen —, daß uns das diesjährige Sachverständigengutachten der sogenannten „Fünf Weisen“, von dem ich behaupte, daß es ein Rückfall in das vorige Jahrhundert darstellt, ein Anlaß sein sollte, uns ganz ernst mit der wirtschaftlichen Problematik und mit der Frage, welche Rezepte wir zur Verbesserung anzubieten haben, zu beschäftigen. Wir können natürlich sagen, daß wir in unserer Funktion als Regierung mit den Ergebnissen des Sachverständigengutachtens außerordentlich zufrieden sein können, aber wir können es nicht als Sozialdemokraten.

Es sind der Regierung und der Bundesbank sehr wesentliche Leistungen bescheinigt in diesem Gutachten und das registrieren wir mit Befriedigung. Aber wir müssen mit Besorgnis registrieren, daß die Sachverständigen für die Zukunft das Ausmaß der Beschäftigung, die Höhe der Löhne voll in die Kompetenz praktisch der Gewerkschaften übertragen wollen, daß sie eine Theorie entwickelt haben, in der die Sicherheit der Arbeitsplätze angeblich abhängen soll von der Bescheidenheit bei den Lohn-

forderungen. Wenn wir dies am amerikanischen Beispiel messen und feststellen, daß selbst eine Senkung der Reallöhne um 5 % mit einer Preissteigerung von mehr als 10 % verbunden ist, daß wir dann nur mit der äußersten Besorgnis der Zukunft entgegensehen können. Wenn wir darüber hinaus die ständige hektische Aktivität in der Problematik „Gewerkschaftsstaat“ verfolgen, dann müssen wir uns auch darüber klar werden, daß wir nicht nur dahin tendieren, einen harten Kern von Dauerarbeitslosen zu haben, sondern auch, wenn wir nach diesem Rezept verfahren, sicherlich das Problem der Tarifautonomie in absehbarer Zeit zur Diskussion gestellt wird. Ich glaube, daß dies für uns ein Anlaß ist, uns mit der wirtschaftlichen Situation und den Wegen zur Lösung intensiver zu beschäftigen als wir das in den vergangenen Jahren getan haben. Ich glaube nicht, daß wir ein System akzeptieren können, das letztlich darauf hinausläuft, daß die einen nicht für sich selber Geld verdienen und reich werden, sondern sozusagen für die Allgemeinheit, und die anderen sozusagen nicht für sich selber, sondern auch für das Ganze arbeitslos sind.

Ich darf zitieren aus dem was ein religiöser Sozialist, Eduard Heimann, vor Jahren dazu gesagt hat: Er formulierte damals: „Das Schlimmste was geschehen kann ist, daß es den eingebürgerten Interessen der Privatmacht gelingt, ihre eigene Gefährlichkeit wegzargumentieren und sich selbst als die bloßen Diener des öffentlichen Wohls darzustellen.“ Das ist eins der Mißverhältnisse in der Diskussion, die heute geführt wird, auf der Basis des Sachverständigenrates, daß sehr viel über Gewerkschaftsmacht und ihre Gefährlichkeit, aber sehr wenig über Preismacht und ihre Gefährlichkeit diskutiert wird. Die richtige Weichenstellung in dieser Frage wird auch darüber entscheiden, wieweit wir als Sozialdemokraten in der Lage sind, das Vertrauen der Arbeiter in diesem Land zu rechtfertigen und ich glaube, daß wir keine andere Aufgabe

haben, als die, das begründete Vertrauen der Arbeiter auf Dauer zu rechtfertigen.

Unser Selbstbewußtsein sollte groß genug sein, festzustellen: Wenn es Konzepte für die Lösung dieser Probleme gibt, daß es dann sozialdemokratische sein werden; das es konservative Rezepte für die Lösung dieser Probleme nicht gibt und daß Lösungskapazität – so wie die Dinge liegen – heute gefragt ist. Wir haben uns darauf einzustellen und in einem Wettstreit der Ideen darauf hinzumarschieren, daß wir diese Problemlösungskapazität als Sozialdemokratische Partei repräsentieren.

Wir haben es mit Schwierigkeiten in der Sache zu tun. Das werden wir bewältigen, aber wir haben es mit einem politischen Gegner zu tun, der die Schwierigkeiten in der Sache für ein ganz mieses politisches Geschäft zu mißbrauchen sucht. Ich darf zitieren Norbert Blüm, der im Juni d. J. in einer Diskussion mal sagte: „Die CDU ist eine Sammlungsbeziehung und eine solche wird nicht nur durch den Besitz von Macht zusammengehalten, sondern auch durch gemeinsame Aggressionen.“ Ich glaube, daß ist es, was wir festzuhalten haben, und ich fahre fort mit Norbert Blüm: „Die gemeinsame Absicht, die Roten auszuheben, den Sozialismus kaputtzumachen, ist durchaus der Kitt, von dem wir auch heute noch leben, nur sollten wir diesen Kitt aus unserem Gebäude verschwinden lassen.“ Ich glaube, diese Feststellung, daß diese Aggression gegen uns der Kitt ist, der sie zusammenhält, sollte uns beflügeln, unsererseits die Kraft zu sein, die dieses miese Geschäft auf Dauer verhindert.

Es ist natürlich tröstlich, wenn wir feststellen, daß in diesen Tagen der langjährige Vorsitzende der Sozialausschüsse in Bielefeld Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden ist – in diesen Tagen, das ist das bemerkenswerte an diesem Vorgang.

Die Konsequenzen dieser Absicht, die Roten auszuheben, drücken sich aus in

dem Bestreben, alle Verantwortlichkeit der Regierung zuzuschieben, eine Angstkampagne in Szene zu setzen, ohne jede Hemmung; ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, welche Folgen eine solche Angstkampagne unter Umständen haben muß; blind für die möglichen Gefährdungen, die daraus entstehen. Das was hier uns gegenübertritt, darf ich mit Klaus Matthiessen mal bezeichnen als eine Art bürgerlichen Anarchismus. Wir haben uns als Sozialdemokraten darauf einzustellen. Wir haben das besonders ausgeprägt in der Diskussion um den Baader-Meinhof-Komplex, wo man ja versucht, uns auseinanderzudividieren und Teile dieser Partei in das Umfeld dieses Baader-Meinhof-Komplexes einzubeziehen und letztlich dahin zu gelangen, daß jeder, der eine kritische Position bezieht, unter Umständen schon als Sympathisant und Förderer dieses Komplexes gesehen wird. Wir können dem nur begegnen, wenn wir dem gegenüberstellen die Solidarität aller derjenigen, die Mitglieder dieser Partei sind. Denn sie fürchten keinen einzelnen von uns; sie fürchten keinen innerhalb einer Gruppierung von uns; sie fürchten uns nur als Partei. Und wenn sie einen treffen wollen, oder eine Gruppierung treffen wollen, müssen wir uns darüber im Klaren sein, sie wollen immer diese Partei treffen. Dem haben wir unsere Solida-

rität gegenüberzustellen. Die Solidarität, wenn ich Franz-Joseph Strauß zitieren darf, der „roten Ratten“. Wir sollten darüber nicht beleidigt sein. Wir sollten diese Bezeichnung „roter Spuck“ oder „rote Ratten“ wie eine Auszeichnung tragen und die Beleidigung sollte beginnen, wenn sie anfangen, von der Solidarität der Demokraten zu reden.

Wir stehen, wenn man so gegen uns antritt, in einer langen Tradition von Generationen von Sozialdemokraten vor uns, die genauso behandelt worden sind. Man braucht nur die Namen Friedrich Ebert, oder den Namen Herbert Wehner, oder den Namen Willy Brandt zu nennen, immer haben sie Anlässe gefunden, der sachlichen Auseinandersetzung auszuweichen und auf eine solche miese Ebene herunterzufallen. Wenn wir uns demgegenüberstellen, dann werden wir solidarisch die Ziele, die wir uns gesetzt haben, erreichen und auf uns setzen die Hoffnung, in diesem Lande die Unterprivilegierten, die Arbeiter, diejenigen, die auf den Fortschritt setzen, diejenigen, denen an der Aufrechterhaltung der demokratischen Spielregeln gelegen ist.

In diesem Sinne sollten wir unsere Aufgabe heute und in dem Wahlkampf der vor uns liegt, anfassen. In diesem Sinne wünsche ich dieser Delegiertenkonferenz ein gutes Gelingen.

2. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz

Die Tagesordnung wurde angenommen.

a) Wahl der Versammlungsleitung

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

Franz Bender
Hermann Heinemann
Hans Ferner
Heinz Schleusser
Friedhelm Simelka

Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Bezirk Westliches Westfalen
Bezirk Mittelrhein
Bezirk Niederrhein
Bezirk Westliches Westfalen.

b) Wahl der Mandatsprüfungskommission

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

Heinz Götzen
Hans Kalkbrenner
Karl Mirus
Peter Rothen
Hermann Schmidt

Bezirk Westliches Westfalen
Bezirk Mittelrhein
Bezirk Westliches Westfalen
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Bezirk Niederrhein

c) Wahl der Wahlkommission

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

Herbert Esdar
Alfred Bauer
Günter Holthoff
Herbert Jung
Reinhard Paul
Udo Holz -
Helmut Puck
Erhard T. Schoofs

Bezirk Ostwestfalen-Lippe.
Bezirk Mittelrhein
Bezirk Niederrhein
Bezirk Mittelrhein
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Bezirk Westliches Westfalen
Bezirk Westliches Westfalen
Bezirk Niederrhein.

Die Geschäftsordnung wurde ohne Änderung angenommen.

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten.
2. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.
3. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahl der Kandidaten der Landesreserveliste ist geheim. Es werden gewählt:
im 1. Wahlgang der Spitzenkandidat,
im 2. Wahlgang die Gruppe von Platz 2 bis zum Ende der Landesreserveliste.
Über Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Landesreserveliste wird gesondert geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.

6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.

7. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.

8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet

werden. Die Antragsteller erhalten außer der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.

9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.

10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

3. Beschlußfassung über die Landesreserveliste

Hermann Heinemann führte aus:

Wahlberechtigt ist, wer am Wahltag

1. Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist,
2. das 18. Lebensjahr vollendet hat und
3. seit mindestens drei Monaten seinen Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen hat.

Es handelt sich um Einzelwahl und nicht um Listenwahl. Jeder kandidiert für seinen eigenen Platz auf der Liste.

Nach der Wahlordnung muß jeder Kandidat im ersten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten.

Gegen diese Ausführungen erhob sich kein Widerspruch im Plenum.

Die vorliegenden Vorschläge wurden von der Landesdelegiertenkonferenz nicht ergänzt. Es wurden auch keine Gegenvorschläge für einzelne Listenplätze gemacht.

Es wurde zur Kenntnis genommen, daß ein erster separater Wahlgang für den Spitzenkandidaten erfolgt.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission wurde wie folgt abgegeben:

eingeladen:
insgesamt 300 Delegierte,

davon anwesend:
insgesamt 270 Delegierte.

Es entfielen auf:

Westliches Westfalen –
eingeladen: 146, anwesend: 130

Ostwestfalen-Lippe –
eingeladen: 32, anwesend: 28

Niederrhein –
eingeladen: 75, anwesend: 67

Mittelrhein –
eingeladen: 47, anwesend: 45

Nach Einleitung des ersten Wahlganges zur Wahl des Spitzenkandidaten gab die Mandatsprüfungskommission bekannt, daß weitere zehn ordentliche Delegierte eingetroffen sind.

Es erfolgte der Bericht der Wahlkommission:

Von 280 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf den Spitzenkandidaten Heinz Kühn

239 Ja-Stimmen
32 Nein-Stimmen
9 Enthaltungen

Die Mandatsprüfungskommission teilte mit, daß mit dem Eintreffen von weiteren 13 ordentlichen Delegierten sich die Zahl auf insgesamt 293 erhöht hat.

Zur Abstimmung über die Liste erläuterte Hermann Heinemann, daß mindestens die Hälfte der angegebenen Kandidaten gekennzeichnet sein müsse. Er erläuterte ferner die Verfahrensmöglichkeiten für die Wahl der Kandidaten von Platz 2 bis zum Ende der Reserveliste und eröffnete den Wahlgang.

Der Sprecher der Mandatsprüfungskommission korrigierte seinen Bericht dahingehend, daß nunmehr von 300 eingeladenen Delegierten insgesamt 294 Stimmberechtigte anwesend sind.

Anschließend verlas Hermann Heinemann eine Grußadresse von Helmut Schmidt:

Liebe Genossinnen und Genossen!
Ihr eröffnet heute einen schweren und harten Wahlkampf. Der 4. Mai 1975 wird für uns ein Datum von großer Bedeutung sein. Deshalb gilt es, den Wählern an Rhein und Ruhr überzeugend deutlich zu machen, daß es gerade in der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich die Industriestaaten der westlichen Welt und damit auch wir befinden, zu unserer Politik der soliden wirtschaftlichen und sozialen Sicherung keine Alternative gibt.

Wir Sozialdemokraten müssen den Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen die Gewißheit geben, daß die Bundesregierung zusammen mit Heinz Kühn und seiner Mannschaft auch für die Zukunft alles tun wird, um die Arbeitsplätze an Rhein und Ruhr zu sichern. Nur die gemeinsame solidarische Anstrengung der Sozialdemokraten, die im Bund und Land in der politischen Führung stehen, bietet Gewähr dafür, daß es an Rhein und Ruhr aufwärts geht. Sagt bitte den Menschen in Nordrhein-Westfalen, daß sie sich auf uns verlassen können, daß wir nicht schönen Versionen nachlaufen, sondern unsere Arbeit auf die konkreten Sorgen der Menschen ausrichten. Und sagt den Genossen im Lande, daß sie für diese Entscheidung um jede Stimme ringen müssen, denn dieser Wahlkampf

wird kein Spazierring werden. Die Sozialdemokraten müssen die Kräfte wieder freisetzen, die unsere Partei zu einer wirklichen Volkspartei gemacht haben. Mit Solidarität und persönlichem Einsatz werden wir es schaffen, daß Heinz Kühn und seine Mannschaft ihre Arbeit im Interesse der Bürger Eures Landes nach dem 4. Mai mit neuer Kraft weiterführen können.

Ich bin davon überzeugt, daß die Beschlüsse, die ihr für die Landtags- und Kommunalwahl zu verabschieden habt, die Ziele unserer Partei den Wählern an Rhein und Ruhr ohne jeden Zweifel deutlich gemacht werden.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen erfolgreichen Parteitag.
Helmut Schmidt

Nach Abschluß des Wahlganges folgte Tagesordnungspunkt

4. Referat des Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich danke Euch für die Wahl, mit der Ihr mich mit dem Vertrauen ausgestattet habt, im bevorstehenden Landtagswahlkampf für das Amt des Ministerpräsidenten an der Spitze der Partei zu stehen. Ich verspreche Euch, alles zu tun, was in meinen menschlichen Kräften steht, aus der Tradition der Partei, in der ich groß geworden bin, und für die Menschen, für die ich mich bemüht habe, und für das Land, für das es sich zu mühen lohnt.

Gestern haben die Delegierten von 300 000 Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen ihre Vorstellungen für die Zukunft diskutiert und beschlossen. Und heute nun gilt es, für die Landtagswahl die personale Repräsentanz unserer Politik zu wählen, und hier in dieser abschließenden Stunde dieser Delegiertenkonferenz handelt es sich darum, noch einmal Gesinnung, Motive, Ziele und Wertvorstellungen sozialdemokratischen Handelns, das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung unserer Partei deutlich zu machen. Wir tun dies in einer Stunde, in der niemand unsere Lage für leicht hält. Die Entwicklung der Weltwirtschaft und der Weltfinanzen wirft ihre Schatten auch auf unser Land.

Die Bundestagswahl vom November 1972 war eine Willy-Brandt-Wahl, war

der Sieg eines Mannes, dessen weltweites Ansehen und dessen Wirken für Weltfrieden und Weltsicherheit einmaliges Gewicht hatten. Und laßt mich in Klammern hinzufügen, ohne das Wirken dieses Mannes Willy Brandt wäre vielleicht nicht das möglich geworden, was jetzt durch die Abmachungen von Wladiwostok zwischen Leonid Breschnew und Gerald Ford, den Repräsentanten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, als ein Entspannungsschritt großer Bedeutung eingeleitet worden ist. Diese Wahl vom November 1972 war in einem besonderen Maße eine Willy-Brandt-Wahl; nunmehr pendelt der Pegel der politischen Kräftebildung wieder zurück in die relative Gleichgewichtslage der Parteilager der Union und der Sozialliberalen. Die Wahlergebnisse zeigen es. Und wir fragen uns: Sucht der wackelmütige Trend, ob Genosse Trend oder Bürger Trend, einen neuen Partner auf mittelfristige Perspektive?

Kein Politiker hat in einer solchen Situation das Recht, sich in die Wählerbeschimpfung zu flüchten und für das, was uns in den Wahlergebnissen bedrückt, die Wähler verantwortlich zu machen. Wir haben uns vielmehr selbstprüfend

zu fragen: Haben wir alles richtig gemacht? Haben wir das Richtige auch unmißverständlich deutlich gemacht? Haben wir den Prüfungen menschlicher Herausforderungen immer eine gültige Antwort gegeben?

Wie ist die Lage draußen in der Welt, und wie ist sie in unserem eigenen Staat, in der Bundesrepublik Deutschland?

Heute sind wir mit den Konsequenzen einer Herausforderung besonderer Art konfrontiert. Nicht aus den inneren Entwicklungen von Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik, sondern aus den weltwirtschaftlichen und weltmonetären Entwicklungen wälzen sich Schatten auch auf unsere Wirtschaftslandschaft. Denn die Nationalwirtschaften, vor allem der Industriestaaten, sind miteinander verbunden wie in einem System kommunizierender Röhren. Es gibt keine dieser Wirtschaften, die sich auf einer Insel der Glücklichen isolieren könnte, auch wenn sie im Vergleich mit allen anderen, wie die in der Bundesrepublik, eine relativ glückliche Position hat, und mit Abstand die beste Lage aufweisen kann.

Die Bundesrepublik steht mit Abstand im Wettbewerb unter den modernen Industriestaaten an der Spitze.

Wir haben die stabilste Währung der Welt, von der die anderen sich monetäre Unterstützung erhoffen. Wenn wir Neigung zur Hybris hätten, dann könnten wir geneigt sein, uns des Wortes von Bernard Shaw zu entsinnen, der einmal gesagt hat, daß es gelegentlich in der Geschichte vorgekommen sei, daß die Besiegten das siegreichere Geld hatten.

Wir haben trotz der uns bedrückenden Arbeitslosigkeit die beinahe beste Arbeitsmarktlage unter allen Industriestaaten. Die Vereinigten Staaten haben eine fast doppelt so hohe Rate, und immer noch finden mehr als 2 Millionen

ausländischer Arbeiter in unseren Industrien Arbeitsplatz und Ersparnisse.

Wir haben mit 6,6 % die niedrigste Preissteigerungsrate ganz Europas und gehören zu den beiden einzigen Ländern Europas mit einer einstelligen Zahl vor dem Komma. Und wir haben die realistische Chance, die magische „5“ vor das Komma zu bringen.

Wir haben die stärkste Steigerung der Nettokaufkraft der Arbeitnehmer auch in diesem Jahre 1974, während in den Vereinigten Staaten, in England, in Frankreich und ganz zu schweigen von dem permanent christdemokratisch regierten Italien, die Realeinkommen der Arbeitnehmer gegenüber 1973 beträchtlich gesunken sind.

Wir haben die beste Sozialgesetzgebung der ganzen Welt errungen, erkämpft, aufgebaut in einem Jahrhundert gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Wirkens! Wir haben in den Jahren sozialdemokratisch geführter sozialliberaler Regierungspolitik weitere leuchtende Mosaiksteine in das Bild dieser modernen sozialen Sicherung der arbeitenden und alten Menschen hineingefügt. Walter Arends Handschrift in der Bonner Regierungsbilanz legt dafür Zeugnis ab.

Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing und der amerikanische Präsident Gerald Ford haben in diesen Tagen beide erklärt, die Bundesrepublik sei das einzige westliche Industrieland, das eine „relative Stabilität“ gewährleisten könnte.

Die Ölkrise ist nur ein Symbol für die Preisentwicklung der Rohstoffe

Hier, Genossinnen und Genossen, ist nicht die Stunde, die Gründe für den tiefen Umbruch in der Weltwirtschaft zu schildern. Wir kennen den Begriff vom Wandel der „terms of trade“, der Beziehungen zwischen Rohstoffpreisen

und Weltmarktsituationen. Wir wissen, daß die Ölkrise nur ein Symbol, wenn auch ein besonders drastisches, für die Preisentwicklung zahlreicher anderer existenzwichtiger Rohstoffe ist. Die Vierfachung des Ölpreises als Folge bringt die Verlagerung gewaltiger Werte mit sich. Aus den ölverbrauchenden Ländern gehen in die ölproduzierenden Länder jährlich Geldwerte in der Größenordnung von 150 bis 200 Milliarden Mark und werden dadurch den öffentlichen wie den privaten Haushaltungen der ölimportierenden Industrieländer entzogen. Und auch wenn Hunderte deutsche Millionen, die vorwiegend der kleine Mann im steigenden Ölpreis in die arabischen Länder bezahlt hat, in Gestalt von arabischen Kapitalbeteiligungen an deutschen Unternehmen wieder „nach Hause“ zurückkommen, ändert das an der Grundsubstanz des Vorgangs gar nichts.

Wir befinden uns als Folge dieser Weltentwicklung in einer Periode abflachenden Wachstums. Das Wachstum unserer Produktivität bestimmt und begrenzt jedoch auch die Dimensionen und die Realisierbarkeit unserer Wünsche, der öffentlichen wie der privaten.

Vor nunmehr fast drei Jahren, als diese Entwicklung erst in Ansätzen erkennbar war, habe ich in der Neujahrsansprache gesagt: Wenn jemand ein Auto hat, dann will er eine Campingausrüstung haben, aber er muß wissen, wenn er eine erstklassige Campingausrüstung haben will, werden wir uns noch eine Zeit mit zweitklassigen Krankenhäusern begnügen müssen. Wenn wir aber erstklassige Krankenhäuser haben wollen, dann werden wir noch eine Weile mit zweitklassigen Campingausrüstungen auskommen müssen. Dieses Beispielbild kann durch ein beliebig anderes ersetzt werden. Es soll sagen: Man kann nicht beides zugleich und im gleichen

Tempo alles das erfüllen, was wir an individuellen Wünschen und was wir an öffentlichen Notwendigkeiten zu erfüllen haben, wenn wir die Zukunft gewinnen wollen.

Wir haben gemeinsam den höchsten Lebensstandard erkämpft. Er ist uns nicht in den Schoß gefallen, erkämpft durch sozialdemokratische Politik und gewerkschaftliches Wirken. Und da kann es durchaus unter den Bedrängnissen einer weltwirtschaftlichen Entwicklung so sein, daß eine Zeit hindurch die Erhaltung des Errungenen das Maximum des für kurze Frist Erreichbaren ist. Und auch dies müssen wir wissen: Niemand — wir wissen das alle — wird stets in linearer Entwicklung aufwärtsstreben können. Der Bergsteiger weiß, daß es kaum je einen linear ansteigenden Gipfelsturm gibt; und jeder Geschichtskenner weiß, daß die gesellschaftliche Vorwärtsentwicklung der Völker sich ebensowenig in linearer Gradlinigkeit vollzieht.

Wir haben im Wettbewerb der Industrienationen die Position Nr. 1; und wir werden sie behalten! Wenn ich aber sage, es kann vorübergehend eine Zeit geben, in der kaum mehr erreicht werden kann, als daß der Zuwachs an Kaufkraft Schritt hält mit der auch bei uns unausweichlichen Teuerung, daß wir uns aber im übrigen darauf konzentrieren, das zu verteidigen, was wir haben, das ergibt sich für uns Sozialdemokraten zumal die Frage: Bedeutet dies auch die Pause oder gar das Ende der Reformpolitik?

Viele wollen heute bei uns so tun als wäre die Politik der gesellschaftlichen Reformen gescheitert. Genossen, wir stehen hier, um der Öffentlichkeit dieses Landes zu sagen: die Reformpolitik wird kein Ende finden!

Wir haben sicherlich, und ich nehme den Vorwurf auf die Hörner, damals in der ersten Regierungserklärung Willy

Brandts vielleicht zuviel Reformen in das Programm geschrieben, über die Dimension des kurzfristig materiell Realisierbaren hinaus, aus der inneren Verpflichtung, die notwendigen Reformen mutig anzugehen. Dies mag sein! Nehmen wir diesen Vorwurf ruhig an! Aber ich antworte: Es ist immer noch besser, in großer Energie und in großem Optimismus und im Willen, die Probleme zu lösen, den Blick zu weit nach vorne zu richten als sich darauf zu konzentrieren, die Zustände des Beharrens und des Überkommenen auf Dauer konservieren zu wollen. Reformoptimismus war noch immer die geringere politische Sünde im Vergleich zur Reformfeindschaft!

Für uns gibt es kein Ende der Reformen. Pause? Gewiß, für viele, große Mittel erfordernde Reformen wird es eine Pause geben müssen für die Dauer der aus der Welt auf uns zugekommenen besonderen Herausforderungen. Ende? Niemals, denn keine Reform, die wir im letzten Jahrzehnt proklamiert haben und die wir nicht bisher haben erfüllen können, ist deshalb überflüssig geworden.

Unsere Gesellschaft bleibt auf vielen Gebieten eine reparaturbedürftige Gesellschaft, und unser Staat, der fortschrittlichste der Welt, bleibt nichtsdestoweniger ein auf vielen Gebieten reformbedürftiger Staat.

Die Umfrageergebnisse beweisen es: Die große Mehrheit der Menschen unseres Landes hier in Nordrhein-Westfalen und in der ganzen Bundesrepublik wollen eine Politik der Reformen, während die Herren Strauß und Dregger und die, die in ihrem Kielwasser in die Macht schwimmen wollen, jede maßvolle Gesetzesreparatur schon am liebsten als revolutionäre Systemveränderung diffamieren möchten.

Zu diesen Reformen, die unverzichtbar sind, gehört die Mitbestimmung. Kein

Kandidat für das Amt eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen wird hier sprechen wollen, ohne sein Bekenntnis zur qualifizierten Mitbestimmung in der Industrie unseres Landes nachdrücklich auszusprechen.

Die demokratischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sind stabil

Laßt mich noch einmal ein Wort sagen zu der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Wirklichkeit in unserer Bundesrepublik. Als Bundesfinanzminister Apel vor den britischen Wahlen in einer Unternehmerversammlung fragte, ob die Unternehmer lieber in einem konservativ regierten England oder in einer sozial-liberal regierten Bundesrepublik investieren wollten, war die Antwort ein klarer Beweis des Vertrauens für die Bundesregierung des Kanzlers Helmut Schmidt, denn niemand in dieser Versammlung hat gesagt, er würde ein solches England der Bundesrepublik vorziehen.

Kein Wunder, wenn man nicht nur auf England, sondern auf das traditionell christdemokratisch regierte Italien mit seinen unabreißbaren Terroraktionen und seiner wachsenden Radikalisierung blickt oder auf das seit Kriegsende konservativ regierte Frankreich mit seinen permanenten Streiks und sozialen Unruhen. Welches Land hat eine so staatspolitisch verantwortungsbewußte und kooperationsbereite Gewerkschaftsbewegung, und in welchem Land sind die demokratischen Verhältnisse so stabil wie in unserer Bundesrepublik?

Natürlich, meine lieben Freunde, und dies muß gesagt werden, gehört zur Investitionsbereitschaft der Unternehmer ein Gefühl der Zukunftsgewißheit und Sicherheit. Daß da Sozialisierungs- und

Verstaatlichungstheorien an der linken Integrationsperipherie der Sozialdemokratischen Partei Ängstliche entmutigen mag, will ich nicht bestreiten, obwohl ich den unter den Unternehmern nicht für einen guten Unternehmer zu halten vermag, der die politische Marktlage so fehlschätzt, d. h. das Gewicht dieser Stimmen so überschätzt, daß ich ihm nicht auch zutrauen müßte, daß er die ökonomische Marktlage sehr falsch einschätzt.

Auch dies gehört ja zu den Verängstigungsstrategien der CDU mit der Konsequenz, unserem Volke wirtschaftspolitischen Schaden zu bereiten, um für die CDU parteipolitischen Nutzen zu gewinnen. In einer Fernsehdiskussion war Herr Kohl unlängst in seinen Argumenten beinahe so weit, anzudeuten, Heidemarie Wieczorek und Ulrike Meinhof in trauer Gemeinschaft für die tiefgestimmte Konjunkturlage in der Bundesrepublik verantwortlich zu machen. Ich sage hier mit Nachdruck, und der eine oder andere mag das hier nicht gerne aus dem Munde des Spitzenkandidaten der Sozialdemokratischen Partei für diesen Wahlkampf hören, ich sage es dennoch mit Nachdruck: Ich verteuere nicht den notwendigen Gewinn zum anrühigen Profit. Wir leben in einer Wirtschaftsordnung, in der der Gewinn die Voraussetzung jeder Investition ist. Man kann sich andere Gesellschaftssysteme in der Retorte der Ideologie erdenken, die eine größere moralische Vorzugswürdigkeit zu haben scheinen. Auch sie werden die Investitionen aus den Gewinnen der Unternehmen oder aber aus den Knochen der Arbeitnehmer finanzieren müssen.

Aber niemand möge sich täuschen: Es ist nicht so, wie manche hämisch glauben, fragen zu dürfen: wir Sozialdemokraten vertauschten nur das sozial-anklagend bössartige Wort vom Profit gegen das neutralere, beschönigende Wort

vom Gewinn. Nein, es gibt diesen Profit! Und man kann dicke Bücher über ihn schreiben, und die Illustrierten zeigen uns oft genug, wenn auch nur wie die Spitze eines Eisberges seine mannigfachen Erscheinungsformen vom unverantwortbaren Luxus der Superreichen bis zur unvorstellbaren Ausbeutung armer Völker in der Dritten Welt. Es gibt Profit! Aber deshalb dürfen wir uns nicht zum Denken in Extremen verführen lassen. Weder ist jeder Profit als Gewinn zu rechtfertigen, noch jeder Gewinn als Profit zu verteuern.

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist die Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Land

Genossen, in der gegebenen historischen Situation ist die herausragende Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund und Land die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Sozialdemokratische Partei, die die regierungsführende Verantwortung trägt, ist sich der Tatsache bewußt, daß sie die überwältigende Vertrauenskundgebung der Arbeiter dieses Landes in einer dramatischen Stunde des Jahres 1966 gefunden hat, als die schwarzen Fahnen über dem Revier die Sorge um den Arbeitsplatz signalisierten. Wir werden uns der in uns gesetzten Erwartung stets verpflichtet fühlen.

Damals haben wir mit dem Entwicklungsprogramm Ruhr und dem Nordrhein-Westfalen-Programm 75 eine planvolle Entwicklung eingeleitet, mit der wir erstmals im Lande Nordrhein-Westfalen der Politik eine klare Handlungskonzeption gegeben haben. Und aus der gleichen Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern haben wir als erstes Bundesland, den anderen vorangehend und mehr tuend als sie, Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze ergriffen.

Ich habe in der Regierungserklärung zu dem 300-Millionen-Programm zur regionalen und örtlichen Abstützung der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen gesagt, daß das oberste Ziel unseres Regierungshandelns ist, alles zu tun, um möglichst jedem Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz zu sichern. Diesem Ziel so nahe wie möglich zu kommen, ist mir und ist allen Sozialdemokraten, die mit mir in gemeinsamer Verantwortung stehen, eine drückende Aufgabe.

Ich habe als Sohn einer arbeitslosen Arbeiterfamilie in den 30er Jahren der Wirtschaftskrise erlebt, daß Arbeitslosigkeit nicht nur eine materielle Bedrängnis, sondern eine seelische Peinigung der Menschen bedeutet. Und ich verstehe, daß — wenn auch noch keineswegs die Arbeitslosigkeit das an Dimensionen bedeutet, was die anderen gerne in sie hineinlegen aus ihren propagandistischen Absichten — dennoch, jeder, der heute arbeitslos wird, sich von einem tiefen, nicht nur materiellen, sondern menschlichen Gefühl der Unsicherheit ergriffen fühlt.

Deshalb empört mich auch die Gesinnung jener, die eine erwünschte industrielle „Reservearmee“ der Arbeitslosigkeit als eine Chance betrachten, die Arbeitnehmerforderungen des um seinen Arbeitsplatz bangenden Arbeiters niedrig zu halten. Arbeitslosigkeit als Instrument der sozialen Auseinandersetzung, dies ist es, was auf der Skala der moralisch zu bewertenden Auseinandersetzungsformen sicherlich am tiefsten steht. Das war ja die pseudo-theologische verbrämte Hintergrundüberlegung von Franz Josef Strauß, als er damals 1966 von der „Gnade der Stunde der Angst“ sprach, nämlich die Angst der Arbeitnehmer sollte denjenigen, die sie auf niedrigem Lohnstandard halten wollten, zur Gnade ihres Gewinns werden. Das war damals die Philosophie. Sie ist es heute.

Dies bedeutet nun nicht, Genossen, und ich habe dies eben schon gesagt, daß wir jede Tarifforderung für berechtigt zu erklären haben, daß ich jedem Gewerkschaftsanspruch zuzustimmen in der Lage bin, daß jedes Verbesserungsbegehren Erfüllung erwarten könne. Wir sind in der Lage, die wir zu meistern haben, gezwungen, dem Möglichen den Vorrang zu geben vor dem Wünschbaren; und wir haben den Appell zu richten an Disziplin und Verantwortungsgefühl aller. Aber diejenigen haben am wenigsten ein Recht zu einem Appell an die Arbeitnehmer, die immer nach dem Motto „Hannemann, geh du voran“ vom Arbeitnehmer das verlangen, was sie selbst einmal zumindest vorbildhaft vorgehend zuerst demonstrieren müßten. Nun, wir haben, um den Arbeitsplatz zu sichern, auf das Zustandekommen des 950-Millionen-Programms der Bundesrepublik eingewirkt, wir haben es mit unserem 300-Millionen-Programm ergänzt, und beide auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallenden Teile, 260 Millionen aus dem 950-Millionen-Programm und die 300 Millionen haben zusammen bewirkt, daß wir damit 40 000 Arbeitsplätze auf 6 Monate sichern können. Genossen, dies ist eine Sicherung für 40 000 Familien. Dies ist, gemessen an den Zahlen, mit denen wir jetzt leben müssen, nicht viel, und deshalb werden wir auch die Bundesregierung Helmut Schmidt unterstützen und notfalls auf sie einwirken, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu sichern.

Und deshalb ist es töricht, wenn die CDU sagt, ich hätte dies — das 300-Millionen-Programm — um des Wahltermins willen in Gang gesetzt. Ja, ich habe gesagt, niemand in diesem Lande müsse fürchten, daß er im kommenden Frühling in depressiver Stimmung der Existenzgefährdung zur Wahlurne gehen muß, und dies bleibt meine Über-

zeugung. Ich bin davon überzeugt, daß wir mit den Problemen fertig werden. Konjunkturabläufe, Genossen, sind blind gegenüber Wahlterminen. Wir aber dürfen nicht blind sein gegenüber der Aufgabe, der wir verpflichtet sind. Und darüber hinaus gestehe ich gern, daß ich auch ein Mensch bin. Der Politiker schaut auf die Wahlurne wie der Unternehmer auf den Gewinn und der Arbeitnehmer auf die Lohntüte.

Wir wollen den Staat freier, mündiger Bürger

Keiner kann die Konsequenzen des Ablaufs der Konjunkturzyklen in der wirtschaftlichen Ordnung, die wir haben, in Zeiten des wirtschaftlichen Sonnenscheins den Unternehmern nachrühmen und in Zeiten des wirtschaftlichen Schlechtwetters die Schuld der Regierung anlasten wollen. Dies ist aber jetzt die Politik der CDU. Vergleichsweise nach dem gleichen Grundsatz, den wir von anderen Gelegenheiten her kennen: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste. Damit sind sie immer schnell bei der Hand.

Dies bedeutet, was ich hier sage, keinen Appell an klassenkämpferische Grundmotivation. Ich will nicht die Aufgaben des Unternehmers in die Disposition des Staates genommen wissen, nicht zuletzt auch, weil ich weiß, daß dies — und dies muß jeder von uns überlegen — zwingend zur Konsequenz haben muß, auch die Rechte des Arbeitnehmers in die Disposition des Staates zu nehmen. Politische Systeme, die alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen zum Gegenstand parlamentarischer oder bürokratischer Entscheidungen machen, haben immer noch auch die Freiheitsrechte der Arbeiter aufgehoben, ob dies das Streikrecht, das Recht auf freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl oder die Tarifautonomie war. Wir Sozialdemokraten; die wir uns das Wort zum Leitmotiv unseres politischen

Wirkens gewählt haben, gegen die Tendenzen der Verstaatlichung des Menschen unseren Willen zur Vermenschlichung des Staates zu setzen, wir wollen nicht den omnipotenten, den allmächtigen, den allzuständigen Staat, so wie wir übrigens auch nicht, um das törichte Schlagwort beiseite zu räumen, den „Gewerkschaftsstaat“ wollen, den immer diejenigen zum Popanz aufmontieren, deren Staatsauffassung darin besteht, daß sie meinen, der Staat sei durch eine Art naturgesetzlichen Geschichtswillens ein Unternehmerstaat. Wir wollen weder einen Gewerkschafts-, noch einen Unternehmerstaat, wir wollen den Staat freier, mündiger Bürger. Dies ist das sozialdemokratische Ziel. Der Staat hat in unserer Gesellschaft nicht die Rolle des Superunternehmers. Er kann durch begrenzt helfende, unterstützende, richtungweisende Maßnahmen auf Voraussetzungen und Verlauf der ökonomischen Prozesse und der technologischen Veränderungen einwirken, aber er ist nicht der Superunternehmer, und auch diejenigen, die ja dies nicht wollen, dürfen nicht in Krisenzeiten die eigene Verantwortung auf den Staat abwälzen wollen.

Wie es in Wirklichkeit aussieht, kann man daran erkennen, daß die Privatwirtschaft 1973 rd. 200 Milliarden DM an Anlageinvestitionen aufgebracht hat. Die dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel für wirtschaftliche Interventionen, die in den Kellern der Bundesbank bereitliegen und in den öffentlichen Haushalten bereitstehen, sind keineswegs in der Lage, das Investitionsminus der Wirtschaft auszugleichen. Der Staat hat aber, wenn er sozial gerecht regiert wird, die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lasten ökonomischer Veränderungen nicht auf den Rücken der Arbeiter abgeladen werden. Dies ist die Aufgabe des Staates.

Die Rettung der Kohle ist das Verdienst der Sozialdemokraten

Zum Schluß dieses ökonomischen Teils will ich mich dem Ruhrgebiet zuwenden. Wie sieht es denn im Ruhrgebiet wirklich aus? Dieses Industriegebiet war niemals das Lieblingskind der Konservativen. Hier durfte zu Kaiser Wilhelms Zeiten keine Universität gebaut werden, denn hier sollten die Menschen malochen und nicht studieren. Als Waffenschmiede und Kohlenpott war das Ruhrgebiet beliebt, aber nicht geliebt, war nicht Mittelpunkt der Regierungsplanungen und Regierungsinitiativen. Die Bewältigung der Steinkohlenkrise, die das Ruhrgebiet seit 1958 geschüttelt hat, ist erst durch sozialdemokratische Initiative möglich geworden. Von den Tagen von Hückarde, als die schwarzen Fahnen über dem Revier wehten, bis zum neuen Energieplan der Bundesregierung, der in seinen Einzelheiten nicht zuletzt die Handschrift dieser Landesregierung trägt, haben wir Sozialdemokraten die Maßnahmen für die Rettung des Steinkohlenbergbaus getragen. Mehr als 3 Milliarden DM Landeshaushaltsmittel haben wir stellvertretend auch für die anderen Bundesländer, die heute froh sind, daß hier noch Kohle gefördert wird, aus unseren Jahreshaushalten aufgebracht. Und nur so haben es unter sozialdemokratischer Initiative erreicht, daß die Energiekrise der Welt nicht zum Energiedebakel der Wirtschaft unseres Landes geworden ist. Daß aus der Not der Kohle die Renaissance der Kohle geworden ist, das ist niemandes Verdienst, es sei denn, das der Scheichs. Daß diese Rettung der Kohle aber möglich geworden ist, ist das Verdienst der Sozialdemokraten. Damit sind nicht alle Schatten vom Revier gewichen und nicht alle Sorgen für das Revier von unseren Schultern genommen. Aber dies macht es nicht we-

niger leichtfertig, wenn die CDU berechnete Sorgen zu unberechtigter Dramatik hochhysterisiert. Eifrig pinseln sie am apokalyptischen Untergangsgemälde des Ruhrreviers. Das ist kein staatspolitischer Dienst an unserem Land und seinen Menschen, sondern ein parteipolitischer Profitversuch durch Angstmache, durch Verunsicherung der Menschen! Damit steigern sie gewiß auch nicht die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft. Wer investiert schon in eine „regionale Konkursmasse“, in ein „Armenhaus der Nation“? Wer baut schon auf der „Verliererstraße“? Das sind doch alles die Worte, die man in die Propaganda hineingetragen hat und die diejenigen kolportieren, die unser Land miesmachen wollen, um daraus ein politisches Geschäft zu machen, nach dem Grundsatz, kräftig in die Suppe zu spucken, die man für sich alleine haben möchte.

War da ein Professorengutachten, an dem sich mancher christdemokratische Troubadour des Unglücks festgehalten hat, bis ihm der gleiche Professor das Papier aus der Hand riß und es selber deutete und darstellte und ihm die Dramatik nahm und bescheinigte, daß das Revier auf dem besten Wege der Anpassung an die übrigen großen Ballungsräume der Industrielandschaften ist.

Und da sagte Herr Poullain, der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, am Ende des Forums der Wirtschaftsführer in Bochum wörtlich: „Die Wirtschaft an der Ruhr ist heute nicht mehr das Sorgenkind, sondern eher wieder das Lieblingskind der Nation.“

Der Lagebericht der für das Industriegebiet in einem besonderen Maße zuständigen Industrie- und Handelskammern das Sommerhalbjahr 1974, der in diesen Tagen veröffentlicht worden ist, widerlegt wiederum die Schwarzmalerei. Im Ruhrgebiet stieg, anders als in den

anderen Wirtschaftsräumen, auch im Sommer die industrielle Produktion weiter an: Der Umsatzzuwachs lag mehr als doppelt so hoch wie im gesamten Bundesgebiet.

Und der Vorstandsvorsitzende der Thyssen-Hütte, Spethmann, sagte: „Das Revier hat Zukunft. Die Welt braucht Stahl.“ Und das Ergebnis der Forumsgespräche der Wirtschaft heißt: „Die Ruhr hat nicht nur Zukunft — die Zukunft kommt geradewegs auf das Ruhrgebiet zu.“ Das sind die Worte von Männern, die vorzugsweise auf der anderen Seite der Barrikade in der politischen Auseinandersetzung in unserem Lande stehen.

Wir können nicht, wir dürfen nicht, muß ich sagen, frei sein von der Sorge. Und wir müssen die Situation, in der wir leben, als eine Herausforderung begreifen. Aber wir brauchen uns von niemandem in eine Katastrophe hineinreden lassen, weil es dessen Propagandabedürfnis so verlangt.

Die Bildungspolitik ist eins der beherrschenden Themen

Laßt mich zu einem Thema sprechen, das eine zentrale Aufgabe der Landespolitik ist: Schule und Wissenschaftspolitik. Ich will nicht versuchen, als Nichtpädagoge profan in das Tempelinnere der Erziehungswissenschaften einzudringen. Demütig bleibe ich im Vorhof und lausche in Bescheidenheit dem oft unbegreiflichen Sprachritual dieser Geweihten der Wissenschaft vom Kinde. Nun, ich weiß sehr wohl, seit Herbert Marcuse gilt die Sprache ohnehin als Kampfmittel mehr denn als Verständigungsmittel.

Und ich wage also gar nicht, mich oder sonstwen zu fragen, warum es nach der Mode „Curriculum“ und nicht

„Lehrplan“ heißen muß, warum es „Operationalisierung“ und nicht „Überprüfung des Lernerfolgs“ heißen muß, warum es denn unbedingt eine „Innovation“ sein muß und keine „Neuerung“ sein darf. Genossen, das muß es wohl müssen. Aber ich will nichtsdestoweniger meine Meinung einfach zu sagen versuchen.

Die Bildungspolitik wird eines der beherrschenden Themen des Wahlkampfes sein. Wir werden diesen Kampf gern aufnehmen, und wir werden ihn offensiv führen. Und ich sage es gleich vorweg: Man wird dabei den Ministerpräsidenten an der Seite seines Kultusministers sehen. Wer Girgensohn sagt, wird auch Kühn sagen müssen.

Keineswegs sage ich dies aus der Pflicht der Solidarität, sondern aus der Überzeugung von der Leistung und dem Bekenntnis zu dem, was Jürgen Girgensohn sich zum Ziel gesetzt hat. Ich habe ihm nur zu empfehlen, daß er nicht Expertengutachten von Kommissionen in die öffentliche Diskussion schicken möge, solange er sich nicht persönlich ihren Inhalt vollends zu eigen macht, weil er es seinen Gegnern — unseren Gegnern — sonst allzu leicht macht, sie in seine Verantwortung zu schieben, obwohl er damit den demokratischsten Weg der Meinungsbildung beschreitet, nämlich seiner persönlichen Urteilsbildung die breite Diskussion vorauszuschicken. Aber dies setzt Verständnis, und dies setzt Wahrhaftigkeit und Bereitschaft beim Gegner voraus. Wenn ein Minister die Denkergebnisse von Kommissionen in die öffentliche Diskussion stellt und sagt, dann erst, nach dieser Diskussion, werde ich meine abschließenden Entscheidungen treffen, dann wird der nicht gutwillige Gegner versuchen, vieles, was an Gutachten, an Expertisen und Meinungen vorliegt, bereits als die zementierte Meinung des Ministers anzugreifen.

Chancengleichheit bedeutet: Abbau der sozialen Benachteiligungen, nicht aber Verzicht auf Leistung

Worum geht es in der Bildungspolitik unseres Landes? Leitziel unserer Bildungspolitik ist das Prinzip der Chancengleichheit. Unser Ziel ist nicht eine Gesellschaft der Gleichen. Das wäre widernatürlich. Es wird aus der ungleichen Veranlagung der Menschen, aus ihrer ungleich entwickelten Verantwortungsbereitschaft, aus ihrer ungleich zugeordneten Fähigkeit keine Gleichen geben. Unser Ziel ist es nicht, die Menschen gleichzumachen, sondern eine Gesellschaft der gleichen Chancen und Rechte für alle zu schaffen. Dies war und ist das sozialdemokratische Ziel.

Chancengleichheit bedeutet Abbau sozialer Benachteiligungen, nicht aber Verzicht auf Leistung. So wie es der Stolz der sozialdemokratischen Arbeiter in der Frühzeit der SPD gewesen ist, politisch bewußte und gleichzeitig fachlich hochqualifizierte Menschen zu sein, deren Leistungsbewußtsein ein Teil ihres Verständnisses von Wert und Würde der Persönlichkeit ausmachte — das kann man in so vielen Memoiren jener Zeit lesen —, so begegnet man auch schon in den bildungspolitischen Schriften jener frühen sozialdemokratischen Zeit der These, daß die Demokratisierung der Volksbildung, die Emanzipation, wie man damals schrieb, der „kulturellen Hintersassen der Nation“, erst jene einzelnen zu größerer und qualifizierterer Leistung fähig macht. Demokratisierung der Bildung, jedem die gleichen Chancen zu geben, die Chancen, alles das daraus zu machen, was eine natürliche Begabung in ihn hineingelegt hat, dies hat den doppelten Aspekt, damit die menschliche Würde des einzelnen zu verwirklichen und ihn damit zu höchster Leistung für die Gemeinschaft zu befähigen.

Unsere Bemühungen um eine Schulreform gehen von der Erkenntnis aus, daß das traditionell herkömmliche Schulsystem den erhöhten Anforderungen der modernen Industriegesellschaft nicht mehr gerecht wird. Aus diesem Grunde haben wir gegen die Konfessionsschule und gegen die Zwergschule gekämpft, gegen diejenigen, die das Prinzip der Konfessionalität über das Prinzip der Leistungsfähigkeit stellten, die damals auch in unserem Lande noch viele Hunderte Millionen für leistungsbehinderte Zwergschulen ausgaben, als dies längst für jeden erkennbar widersinnig geworden war.

Wir haben das Schulsystem nicht radikal geändert. Wir haben es behutsam fortentwickelt. Wir erproben neue Wege der Vorschulerziehung, weil wir wissen, daß der Beginn der Intelligenzentwicklung in der frühen Kindheit liegt und hier Versäumtes kaum korrigierbar ist. Wir haben den Grundschulen moderne Lehrpläne vorangestellt und der Hauptschule ein höheres Anspruchsniveau gewährleistet. Wir haben über Fachoberschulen den Schülern ohne familiäre Bildungstradition den Weg zur Hochschule erschlossen. Wir haben den Prozentsatz der Arbeiterkinder in den Gymnasien in einem Zeitraum von 6 Jahren um mehr als 100 Prozent gesteigert. Wir haben schließlich mit den Gesamthochschulen und den Fachhochschulen einen breiten Zugang zum Hochschulstudium eröffnet. Als wir im Jahre 1966 die Regierung in diesem Lande übernahmen, da haben wir begonnen, die überfälligen inhaltlichen und strukturellen Reformen des Schulwesens beherzt und behutsam zugleich zu betreiben.

Wir können auf eine beachtliche Leistungsbilanz verweisen, die unter Fritz Holthoff begonnen und unter Jürgen Girgensohn fortgesetzt worden ist. Dank einer gewaltigen Steigerung der staatlichen Leistungen stellt sich die

Situation der Schulen in Nordrhein-Westfalen absolut und relativ, quantitativ und qualitativ heute unvergleichbar viel besser dar als vor 8 Jahren. Trotz der Tatsache, daß die Zahl der Schüler um fast ein Viertel gestiegen ist und trotz der Tatsache, daß heute fast dreimal so viele Jugendliche ein 11. und 12. Schuljahr besuchen als im Jahre 1966. Wir haben bis an die Grenze des finanziell Leistbaren von 1967 bis 1975 mehr als 59 000 neue Lehrerplanstellen geschaffen und mehr als 26 000 neue Planstellen im Hochschulbereich. Genossen, dies mag uns irgendein anderes Land erst einmal nachmachen! Und wir haben die Schulbaumittel des Landes von 286 Millionen DM auf 944 Millionen DM mehr als verdreifacht. Natürlich gibt es noch Engpässe und unbefriedigende Situationen, aber wir werden auch sie meistern.

Um ihre Zielvorstellungen auf dem Gebiet der Bildungspolitik zu verwirklichen, geht die sozialdemokratisch geführte Landesregierung bei der Neuordnung des Schulwesens einen doppelten Weg: Neben der Erprobung grundlegender struktureller Reformen in Modellversuchen werden Reformen und Ausbaumaßnahmen durchgeführt, um Verbesserungen innerhalb des bestehenden, nach Schulformen gegliederten Schulwesens zu erreichen. Bei der gegenwärtigen öffentlichen Debatte um das sogenannte Schulstrukturgesetz bin ich nicht gewillt, unsere bildungspolitischen Grundentscheidungen preiszugeben. Die Gesamtschule bleibt in unserem Urteil das vorzugswürdigste Instrument zur Verbesserung der Chancengleichheit im Bildungswesen.

Und wenn Herr Pürsten, der Kultusministerkandidat von Herrn Köppler, selbstentlarvend gesagt hat, die SPD wolle durch die klassenlose Schule die klassenlose Gesellschaft erreichen, dann antworte ich ihm: Ja, das wollen wir! Die klassenlose Gesellschaft ist

nicht die Gesellschaft der Gleichen, ich habe das eben schon ausgeführt und muß es hier nicht wiederholen, das wäre widernatürlich. aber die klassenlose Gesellschaft – und so haben wir Sozialdemokraten sie immer begriffen – ist die Gesellschaft der gleichen Chancen für jeden auf welche Stufe oder Höhe ihn sein Lebensweg auch führen mag. Und die wollen wir, und die wollen wir durch die Schule begründen und durch die Schule erreichen. Wir wollen nicht die Volksschule als Schule des niederen Volkes und die höhere Schule als Schule der höheren Schichten, wie es in der Vergangenheit gewesen ist. Dies wäre heute nicht mal mehr konservativ, es wäre reaktionär im wahrsten Sinne des Wortes!

Nun aber, Genossen, wir können dieses Ziel heute und in der nächsten Legislaturperiode noch nicht verwirklichen. Es wird bei der angekündigten Zahl von Gesamtschulversuchen bleiben. Wenn wir dies wissen, müssen wir aber alles tun, um die vorhandenen Bildungselrichtungen in ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. Unsinnig wäre es, das Gymnasium und die Realschule zu verunsichern, bevor wir die neue Schulstruktur erprobt haben und verwirklichen können. Denn, auch dazu bekenne ich mich, wenn es der Ungeduld vieler auch zu zögerlich erscheint, auf dem Gebiete der Erziehung unserer Kinder und auf dem Gebiet von Entscheidungen im staatsbürgerlichen Leben, die Gewissensentscheidungen sind, bin ich für ein behutsames Vorgehen und bin ich gewillt, daß wir uns bemühen durch den Beweis der Vorzugswürdigkeit unserer Vorschläge eine breite Mehrheit in unserem Volke zu erreichen.

Bei Wandlungen in den Schul- und Erziehungsformen für unsere Kinder müssen wir zweierlei eben nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen notwendige Wandlungen mit Geduld anstreben

und wir dürfen dabei auf den Elternwillen hoffen, der den Fortschritt will, auch wenn es gelegentlich noch gelingt, Vorurteile und Besorgnisse gegen uns zu mobilisieren. Da wir von diesen beiden Grundsätzen ausgehen wollen, können wir es auch ertragen, wenn die Durchführungsentscheidung für die Gesamtschule beim Gesetzgeber verbleibt und wir auf die weit voregreifende Ministerermächtigung verzichten.

Die berufliche Bildung ist eine öffentliche Aufgabe

Lassen Sie mich aber bei der Bildungspolitik ein Wort, ein besonderes Wort zur Berufsbildung sagen, die für uns Sozialdemokraten ein Herzstück aller Bildungspolitik ist. Ihre Qualität, die Qualität der Berufsbildung wird darüber entscheiden, ob eine hochentwickelte Industrienation wie die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleibt.

Laßt mich wiederholen, was ich schon oft gesagt habe: Was nützen uns die bestausgebildeten Ingenieure der Welt, wenn wir nicht auch die bestausgebildeten Facharbeiter haben, die mit den modernen Maschinen der modernen Technologie fertig werden können!

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird deshalb die Bemühungen der Bundesregierung um ein neues Berufsausbildungsgesetz nachdrücklich unterstützen. Dabei wird am dualen Ausbildungssystem mit den Lernorten Schule, Betrieb und überbetriebliche Ausbildungsstätten grundsätzlich festgehalten werden müssen. Zugleich sind aber die Einflußmöglichkeiten des Staates entscheidend seiner Verantwortung für die berufliche Bildung als einer öffentlichen Aufgabe zu stärken. Hier, und darüber müssen wir uns bewußt sein, geht es um eine Gemeinschaftsaufgabe, die eine konstruktive Kooperation von Staat und Schule,

Wirtschaft und Handwerk erfordert. Lassen Sie mich auch ein Wort an die Adresse unserer konservativen politischen Gegner sagen, die so tun, als seien sie die Kreuzritter, berufen, eine Abendländischen Kultur zu wagen, und die dabei mit den vergifteten Pfeilen der Demagogie nicht gerade sparsam herumschießen: Sie lieben nicht die Fäkalien Sprache, aber sie nehmen im Wahlkampf die Fäkalien in den Mund als ob es eine Delikatesse wäre. Sie lieben nicht den Sex, aber sie brauchen ihn gern als politische Aufputzmittel, selbst wenn sie nachher ungerne kleinlaut, ihn wieder fallenlassen müssen, das preisgeben müssen, was sie glaubten, brauchen zu können, um uns zu verketzern, uns zu verteufeln. Es kommt mir bei dem Kapitel Kulturpolitik noch vieles in den Sinn, worüber zu sprechen sinnvoll wäre. Die Richtlinien für den politischen Unterricht, die Gestaltung des Gesichtsunterrichts, die Schulbücher und Schullektüre, alles dies werden wir in Kürze in der Debatte des Landtages haben, und ich werde dabei an der Seite des Kultusministers in der Debatte mein Wort sagen.

Laßt mich eine kurze abschließende Bemerkung zu diesem Kapitel machen: Bildung und Erziehung unserer Schulen müssen gleichermaßen das fachliche Lernen und das soziale Lernen zum Ziel haben. Dieses unser Erziehungsziel ist der mit Wissen ausgestattete und von Menschlichkeit geprägte mündige Bürger, der frei von ideologischen Vorfabrizierungen fähig sein muß zum menschlichen Verhalten. Dies wollen wir! Dies muß das Ziel unserer Schule sein: die Fähigkeit zur Selbstbehauptung des einzelnen und zum Geltenlassen auch des anderen. Deshalb mag ich weder die Eiferer für ein vermeintliches Morgen noch die Kritiker aus dem verstaubten Gestern.

Die Bildungsschranken überwindbar gemacht

Männer, Sozialdemokraten wie Waldemar von Knörringen auf dem Gebiete der Bildung und Erziehung, und Professor Leo Brandt, unser Freund in diesem Lande und Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiete der Wissenschafts- und Forschungspolitik, veränderten in Gemeinschaft mit vielen anderen die bildungspolitische Szene sehr grundsätzlich und eröffneten Ausblicke in die Zukunft und bereiteten der Zukunft neue Wege. Jürgen Girgensohn für die Schule und Johannes Rau für Hochschule und Forschung setzen diesen Weg in unserem Lande konsequent fort.

Die Hochschulpolitik hat die Ziele des Nordrhein-Westfalen-Programms '75 in den meisten wichtigen Punkten übererfüllt. In den 5 Jahren seit 1970 wurden 100 000 neue Studienmöglichkeiten in diesem Lande geschaffen. Das ist mehr als doppelt soviel wie wir im Nordrhein-Westfalen-Programm geplant hatten. Diese Anstrengung hat den numerus clausus zwar nicht beseitigt, das wissen wir sehr wohl, aber wir haben es erreicht, daß heute jeder Fünfte eines Geburtsjahrganges eine Hochschule besuchen kann. Vor 20 Jahren war das noch jeder Zwanzigste. Noch vor 15 Jahren hatten von 100 Studenten nur 5 einen Arbeiter zum Vater; heute sind von 100 Studenten 20 Kinder aus Arbeiterfamilien, immer noch nicht genug, denn die Intelligenz und Begabung hat das Schicksal den Kindern nicht im proportionalen Verhältnis zum elterlichen Geldbeutel ins Leben mitgegeben. Aber es ist ein großer Schritt nach vorne, der in diesen Jahren getan worden ist. Wir haben die Bildungsschranken nicht aufgehoben, noch nicht, aber wir haben sie überwindbar gemacht.

Das Kernstück der Hochschulreform war die Gründung von 5 neuen Hochschulen, von 5 Gesamthochschulen. Diejenigen, die damals von Etikettenschwindel sprachen, sind längst widerlegt. Die Gesamthochschulen haben mehr erreicht als unter den Schwierigkeiten des Aufbaues zu erwarten war.

Wir haben die neuen Hochschulen in diejenigen Gebiete unseres Landes gelegt, die bislang fern von Hochschulen waren, in den südostwestfälischen Raum, in das Bergische Land und vor allem in das Ruhrgebiet. Unsere Hochschulen sind Stätten der wissenschaftlichen Forschung und Lehre; sie sind keine Exerzierfelder pseudo-revoluzzerischer Unreife. So wenig man junge Menschen in die Disziplin einer Kadettenanstalt zwingen soll, so wenig darf man zulassen, daß Hochschulen aufhören Hochschulen zu sein. Sie sind weder Kaderschmieden welcher Ideologie auch immer, noch Brutstätten alter Privilegien; weder Kadern noch Elfenbeintürme dürfen unsere Universitäten sein. In einer freien Demokratie müssen sie Stätten freien Forschens und freien Lehrens und Stätten sein, die offen sind für alle, die eben die notwendige Begabung mitbringen. Rechtsverletzungen haben wir nicht hingenommen, wo immer die Verantwortung der Landesregierung herausgefordert war. Diese entschiedene Haltung hat zur Stabilisierung der Atmosphäre an den nordrhein-westfälischen Hochschulen entscheidend beigetragen.

Wir haben immer daran festgehalten, daß die Hochschulen kein leistungsfreier Raum in unserer Gesellschaft sind oder werden dürfen. Ich habe diese Forderungen nachdrücklich auf unserem Essener Parteitag 1972 erhoben, und Johannes Rau hat einmal gesagt: ein Studium ohne Leistung kann weder jetzt noch in Zukunft, weder aus gesellschaftspolitischen noch aus öko-

nomischen Gründen verantwortet werden.

Genossen, 95 Prozent unserer Bürger hatten nie die Chance, eine Hochschule von innen zu sehen. Diese 95 Prozent, die mit ihrer Steuerleistung die Hochschulen ermöglichen, können das Leistungsprinzip an den Hochschulen mit Recht von den 5 Prozent fordern, die das Vorrecht genossen haben oder noch genießen, eine Hochschule zu besuchen.

Wir sind mit dem, was wir für den Hochschulbereich in Nordrhein-Westfalen getan haben, bis an die Grenze des personell und finanziell Möglichen gegangen: von 1,7 Milliarden im Jahre 1970 auf 4,5 Milliarden im Jahre 1975.

Dabei dürfen wir nicht aus den Gedanken verlieren, was ich eben zur Berufsbildung gesagt habe. Jeder der 360 000 für den Beruf Auszubildenden hat das gleiche Recht auf eine gute Ausbildung wie jeder der 229 000 Studenten in unserem Lande.

Mit rechtsstaatlichen Mitteln den Extremismus außer Aktion setzen

Zu einem ganz anderen Kapitel, das uns bedrückt, laßt mich – und wie könnte eine Rede in dieser Stunde gehalten werden, ohne dies zu sagen – ein Wort sprechen: Der politisch motivierte Terrorismus und Anarchismus geht um in Europa. Er hat viele Gesichter in der Welt unserer Tage. Vor mehr als einem Jahr habe ich im Landtage dazu gesagt, „eine Welle des Terrorismus geht um die Welt und die politische Geographie des Terrorismus ist bunt“. Manche stehen extrem links, manche extrem rechts; und nach dem Grundsatz „les extrêmes se touchent“, die Extreme begegnen sich, so begegnen sie sich in ihren Ideologien. Oftmals ist es nicht möglich zu sagen, ob eine Erscheinungs-

form auf die extreme Rechte oder die extreme Linke gehört. Eines aber steht fest: Terror bleibt Terror, auch wenn er sich ein politisches Mäntelchen umhängt. Mord bleibt Mord, auch wenn er sich politisch zu motivieren versucht.

Und, so füge ich hinzu, gleichgültig dabei ist, ob sie sich von der vergleichsweise idyllischen Räuberromantik eines Schinderhannes oder eines Robin Hood oder den Aufstandsrezepten der Tupamaros oder den irren Praktiken der irischen IRA inspirieren lassen. Mord bleibt Mord! Da proklamiert die neofaschistische „Schwarze Ordnung“ nach ihren blutigen Bombenattentaten in Italien: „Wir meiden uns im Herbst wieder, wir werden die Demokratie unter einer Reihe von Morden begraben.“ Schwarze „Ordnungsbanden“ in Italien oder Baader-Meinhof-Bande in der Bundesrepublik, Rechtsextremismus oder Linksextremismus, der demokratische Staat muß diese Handvoll terroristischer Anarchisten mit den konsequentesten, wirkungsvollsten, aber stets rechtsstaatlichen Mitteln außer Aktion setzen.

Was einmal als Baader-Meinhof-Gruppe begonnen hat, ist längst zur Baader-Meinhof-Bande degeneriert. Was hier geschieht, ist nicht Politik, sondern eine perverse Mischung aus Fanatismus, Idiotie und Verbrechen, auch wenn Jean Paul Sartre diesen Taten hohe philosophische Weihen zu verleihen sucht. Wer Sympathie für sie hat und einen differenzierenden Bewertungsunterschied zwischen ihren angeblich moralisch-politischen Motiven und ihren effektiven verbrecherischen Wirkungen zu erkennen glaubt, der muß wissen: im objektiven Sinne historischen Wirkens sind die Terroristen noch immer die Agenten des konservativsten Konservatismus gewesen. Sie treiben die verängstigten Menschen in die extre-

men Vorstellungen des Ultra-Konservatismus.

Die Profiteure von Baader und Meinhof an der Wahlurne sind die Strauß und Dregger, die den Versuch machen, die Menschen an die Schwelle neuer Angstgefühle zu treiben und ihre Gegner in den Morast neuer Verteufelungskampagnen hineinzerrn, indem sie vom „roten Spuk“ über die „roten Fatten“ im Bewußtsein ihrer Gläubigen allmählich das Amalgam der totalen Verteufelung zusammenrühren. Dies ist ihre Politik und darin haben die Terroristen, Anarchisten, wie auch immer sie sich nennen mögen, eben die Funktion eines Hilfsinstrumentes der Reaktion. Das gilt, was ich hier über Strauß und Dregger gesagt habe, gewiß nicht für alle, die für die CDU sprechen, aber in Wahlkampfzeiten sind die schrillsten Töne die lautesten und manche glauben, auch die wirkungsmächtigsten.

Aber es geht auch noch um etwas anderes. Es geht darum, zu erkennen, daß derjenige, der ein Maximum an freiheitlicher Staatspraxis und an privater Lebensfreiheit in der Demokratie will, auch ein Maximum an entschlossener Verteidigungsbereitschaft für diese Demokratie wollen muß. Er muß wissen, daß die Toleranz, die — wie einmal jemand gesagt hat — die „glorreiche Tugend“ der Demokratie ist, leicht ihre glorreiche Schwäche werden kann. Deshalb stehe ich nachdrücklich zu den notwendigen strafprozessualen Änderungen und sicherheitspolitischen Maßnahmen, die die Bundesregierung eingeleitet hat.

Ohne die SPD wird es keine in die Zukunft weisende Gestaltung unseres Landes geben

Genossen, wie könnte eine solche Rede gehalten werden, ohne ein Wort über

das Selbstverständnis der Sozialdemokratischen Partei. Und laßt mich sagen: Ohne die SPD wird es keine in die Zukunft weisende Gestaltung unseres Landes geben! Dies sage ich nicht aus selbstüberschätzendem Hochmut, sondern aus selbstkritischer Sorge und aus der geschichtlichen Erfahrung unserer Demokratie. In einer solchen Situation wie wir sie durchleben, muß sich unsere Politik, muß sich unsere Partei ihrer historischen Verantwortung bewußt sein. Sie muß aus ihrem Selbstverständnis, das sie im Godesberger Programm formuliert hat, dessen 15jährige Gültigkeit wir in diesen Tagen gefeiert haben, die Kraft in den vor uns liegenden 150 Tagen mobilisieren, aus der wir den Kampf gewinnen können und gewinnen werden. Wir müssen aus einer gemeinsamen Gesinnung handeln, und wir müssen in einer gemeinsamen Sprache sprechen, und wir müssen auf ein gemeinsames Ziel orientiert sein. Die Sozialdemokratische Partei ist ein Haus mit einer geistig weiten Architektur und auf einem breiten soziologischen Fundament. In der Geburtsstunde der wiederbegründeten Partei sagte Kurt Schumacher im Jahre 1945: „Die Sozialdemokratie ist Gegnerin der dumpfen und uniformierten Vermassung. Sie lebt aus dem Respekt vor der menschlichen Persönlichkeit.“

Unsere Partei kann nicht offen sein nach allen Seiten, und sie kann nicht offen sein für alle Interessen, und sie kann nicht offen sein für alle Theorien, sondern sie muß sich öffnen für die, und ich sage dies mit Nachdruck, für die schutzbedürftigen Interessen aller Menschen. Offen sein muß die Sozialdemokratie für alle rechtlichen und sittlichen Begründungen menschlichen Handelns. Ich habe dies so oft in vielen Versammlungen in unserem Lande gesagt, daß ich vielleicht für die meisten in diesem Punkte nichts Neues sage:

Eine Partei handelt in ihrer Gemeinsamkeit nur aus vorletzten Werten. Nur der einzelne handelt in seinen Entscheidungen aus letzten Werten, seien sie in seiner religiösen Überzeugung, in seinen ethischen Vorstellungen, in seinem Gerechtigkeitsempfinden oder auch nur in seiner Überzeugung, das zu tun, was vernünftig ist, begründet. Über letzte Wahrheiten gibt es keine Abstimmungsmöglichkeiten, auch nicht in einer Partei.

Und so kam Kurt Schumacher zu dem Wort, das einer der trageden Gedankenpfeiler unseres Godesberger Programms geworden ist: „Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Verkündung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“

Diese weite Toleranz ist jedoch keine verschwommene Richtungslosigkeit. Die SPD ist weder so unverbindlich anspruchslos, eine Jedermann-Partei, noch so irrig vermessen, eine Weltanschauungspartei sein zu wollen. Eine Volkspartei ist nicht eine Jedermann-Partei; auch eine Volkspartei wird von der Erkenntnis ausgehen müssen, daß es in der Gesellschaft ein sehr differenziertes Schutzbedürfnis von Interessen und Gruppen der Gesellschaft gibt.

Wer heute Reformen schaffen will, die keinem weh tun, wird nie Verhältnisse schaffen, in denen keinem mehr weh getan werden kann, Genossen. Wir können es nicht allen recht machen. Wir können nicht nach der Mainzer Karnevalsparole verfahren: Allen wohl und niemand weh! Aber die wesentlichen Fragen in unserer modernen Gesellschaft und die wesentlichen Probleme unserer technologischen und daraus resultierenden gesellschaftlichen Entwicklung sind über Klassen und Sonderinteressen hinausgreifende Probleme der großen Mehrheit des ganzen Volkes. Und so ist die Sozialdemokratie, indem

sie diese Interessen vertritt, die Partei der großen Mehrheit. Sie ist in ihrer Organisation offen für die Mehrheit und sie ist in ihren Zielen an den Interessen der Mehrheit orientiert. Während Klassenparteien und Weltanschauungsparteien, Kaderparteien und welche Begriffe man auch immer dafür finden mag, disziplinar auf Vordermann orientiert sind, muß die Volkspartei des Godesberger Programms freiheitlich, tolerant auf Nebenmann denken lernen.

Dieses Bild habe ich so oft gebraucht. Es ist das fundamentale Selbstverständnis dieser Partei, auch für ihr inneres Leben und ihr Verständnis von ihrer Stellung in unserem Volk. Hier gilt Kurt Schumachers Wort vom Düsseldorfer Parteitag 1948, mehr als 10 Jahre vor dem Godesberger Programm formuliert: „Eine einheitliche Parteitheorie wäre der Tod der Freiheit.“

Warum wiederholst du immer wieder dieses Selbstverständnis unserer Partei in deinen Reden, so werden mich manche fragen. Meine Antwort gebe ich mit der Antwort Karl Liebknechts auf die gleiche Frage, warum er immer wiederhole: Hämmern, hämmern, bis der Nagel sitzt! Und ich füge hinzu, und das gilt für uns alle: Sagen, sagen, immer wieder sagen, bis jeder die Partei so erkennt, wie sie nach ihrem Selbstverständnis verstanden werden will. Und ich füge weiter hinzu: Vorleben, vorleben in unserem politischen und menschlichen Tun, damit die Bürger in unserem Lande sie so verstehen können.

Die SPD versteht sich immer als ein lebendiger Diskussionsprozeß

Dabei bewegen mich zwei Probleme unserer Selbstdarstellung, unserer glaubwürdigen und überzeugenden Selbstdarstellung. Da ist das Problem der Gene-

rationen in unserer Partei. Niemand soll befürchten, daß ich jetzt eine Jüso-Scheite einbauen würde. Dies denke ich nicht zu tun. Ich werde jedoch die Motive meines Argumentierens deutlich machen.

Laßt mich sagen, was ich immer wieder in der Öffentlichkeit gesagt habe: Mehr als 300 000 junge Sozialdemokraten unter 35 Jahren, die im letzten halben Jahrzehnt zu uns gekommen sind. Das ist die Herausforderung zur inneren Diskussion in unserer Partei; das ist aber auch die große Chance. Es gibt keine Partei, die über ein solches Zukunftspotential verfügt wie die Sozialdemokratische Partei. Aber man kann eben nicht nur die Chancen konsumieren und Risiken ausschließen. Da gibt es auch Sand im Getriebe, da gibt es auch Auseinandersetzungen, aus welchem Geiste und in welchem Sinne wir sie führen müssen, dazu möchte ich noch ein kurzes Wort sagen.

Da ist das Problem der Generationen in unserer Partei, sagte ich, aber es ist nicht nur ein Problem der Generationen. Von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, von dem Genossen Leopold Graz, dem Bürgermeister der Stadt Wien, ist bei der Feier zum 15. Jahrestag des Godesberger Programms an dem Orte, wo wir das Programm damals beschlossen haben, gesagt worden: „Eine Frontstellung, in der die Theoretiker versuchen, eine Art inappellablen jüngsten Gerichtes über die praktische Politik zu bilden, und in der auf der anderen Seite die Praktiker Grundsatzdiskussionen als lästige Unterbrechung wichtiger Arbeiten betrachten.“ So formulierte er das, womit wir uns in der Partei oft auseinanderzusetzen haben, nicht nur zwischen den Generationen.

Ich sage noch einmal: Es ist eine große Chance für die SPD, daß im letzten

halben Jahrzehnt Hunderttausende junger Menschen den Weg zur Sozialdemokratie gefunden haben, aber es ist auch die Unbequemlichkeit für die Partei, wenn junge Menschen die Windstöße ihrer Ideen in die oft etwas stikigen und abgestandenen Gedanken der Tradition bringen.

Zumal junge Menschen neigen dazu, aus den falschen Quellen eines papierenen Lebens zu schöpfen und ihre Tagträume gelegentlich mit unrealistischen Zukunftsspekulationen zu füttern.

Ich für meinen Teil, und ihr habt mich ja herausgestellt, um hier für das Amt des Ministerpräsidenten in den nächsten 5 Jahren zu stehen, ich für meinen Teil bin von Zurückhaltung und Mißtrauen erfüllt gegenüber ideologisierenden Zukunftsprogrammen, die sich ihr Menschenbild in der Retorte der Theorie bilden, die schwierige und unbequeme Tatsachen auf dem aus der Antike bekannten Prokrustesbett ihrer Theorie künstlich zurechtzwingen. Wir können nicht im Paradiesgärtlein der Idee, der Utopie, der Theorie leben wollen, sondern wir müssen auf dem Distelfeld unbequemer Realitäten für die Summe kleiner, manchmal kleinster Reformen ackern. In mehr als einem Jahrhundert unserer Geschichte haben wir Sozialdemokraten so die gesellschaftliche Wirklichkeit gewandelt, aus einer unerträglichen irdischen Hölle des Frühkapitalismus, aber – und laßt mich auch dies sagen – wir werden sie nie wandeln in ein heilverheißendes irdisches Paradies der vollendeten Harmonie und Glückseligkeit.

Wir werden immer auf dem Wege, und, Genossen, wir werden nie am Ziel sein. Jede Zeit wird uns neue Probleme stellen, die wir nur zum kleinsten Teil voraussehen und noch weniger vorauslösen können. Und mit jedem Problem, das wir lösen werden, wird ein neues Problem entstehen. Mit jeder Not, die

wir wenden, wird uns eine neue bedrücken, denn es gibt ja nicht nur die materiellen Nöte; es gibt auch die geistigen Nöte und die seelischen Nöte der Menschen. Wir werden nie ohne sie leben.

Wir müssen in jeder Zeit, in die die aufeinander folgenden Generationen von demokratischen Sozialisten hineingestellt sein werden, die Probleme lösen, die in dieser Zeit gelöst werden müssen, wohl wissend, daß jede Zeit auch in der Zukunft ihre Probleme bringen wird. Ich weiß, daß Ungeduld und Ungestüm gerade der jungen Generation dies widerstrebend hört, aber niemand von uns darf den Eindruck machen, als dürften Sozialdemokraten sich vor den drängenden Herausforderungen der Zeit in die verführerischen Utopien der Zukunft beiseite schleichen.

Wir müssen sorgfältig darauf achten – und dies ist ein Kapitel, das uns alle angeht –, daß die Partei nicht in den Morast einer selbstvergiftenden und selbstzersetzenden Diskutiererei und Theoretisiererei gerät, in denen wir in die Opposition absacken müßten. Das würde uns in den Turm eines isolierten Oppositionsdrittels zurückwerfen.

Das bedeutet nicht, daß wir aufhören sollten mit der innerparteilichen Diskussion um die politisch richtigen Lösungen der Probleme und die geistig nötig begründete Praxis der Partei. Die Partei hat von der inneren Diskussion in dem Jahrhundert ihrer Geschichte gelebt, und das war der lebendige Kraftquell ihres geschichtlichen Wirkens. Wenn man die Frage sich stellt: Wie hat diese Partei es fertig gebracht, eine mehr als hundertjährige Geschichte durchzustehen mit den inneren und äußeren Wandlungen, die damit verbunden waren, während alle anderen Parteien verschwunden sind? Dann ist meine Antwort die, daß sich diese Par-

tei immer als einen lebendigen Diskussionsprozeß verstanden hat, der die unwandelbaren sittlichen Grundwerte ihres Handelns an den sich wandelnden Verhältnissen der Zeit erprobt und gesagt hat, was diese praktisch von uns in der jeweiligen Zeit verlangten. Dies ist das Geheimnis der Stärke der Sozialdemokratischen Partei.

Die SPD ist die Partei des freiheitlich-demokratischen Sozialismus

Die Partei darf sich aber bei aller Diskussionsbereitschaft und auch inneren Oppositionswilligkeit nie zum trojanischen Esel parteifremder und parteiwidriger Ideologien machen lassen. Jede Partei hat ihre Integrationsperipherie, da, wo sie den Versuch machen muß, die Menschen an die Demokratie zu binden, wir haben die Linke, die CDU hat die rechte. Mögen an dieser rechten Integrationsperipherie die Strauß und Dregger auch die ganzen Wrackteile der deutschen Vergangenheit in die CDU hineinsammeln, wir werden an unserer linken Integrationsperipherie niemanden bei uns eindringen lassen, der nicht in die Partei des Godesberger Programms, in die Partei eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus gehört.

Darum allein ging es mir, wenn mich in unseren Diskussionen gelegentlich der unheilige Zorn packte und ich diejenigen offen angegriffen habe, die mit ihren Ideen in der Öffentlichkeit das Gesicht der Partei leicht entstellen und verzerren könnten. Mag ich dabei gelegentlich die Falschen getroffen haben, – oder die Falschen mögen sich auch fälschlich getroffen gefühlt haben –, diejenigen die in einem meiner Überzeugungen nach irreführenden Idealismus ihr Bestes zu tun glaubten. Dies gebe

Ich gerne zu, aber ich gehöre nun einmal nicht zu jenen, die beiseite treten, wenn sie sich gedrängt fühlen, dazwischenzutreten. Ich habe mitten in der Arena, Zeit meines Lebens, zu stehen versucht, wenn es sein mußte, und ich bin nie mit meiner Überzeugung an der Wand entlanggeschlichen — das wißt Ihr — und Ihr werdet von mir nichts anderes verlangen.

Ich habe nie die auf dem Boden des Godesberger Programms stehende Diskussion treffen wollen, wohl aber diejenigen, die unsere Partei als Wartesaal für Züge in falsche Richtungen und als Operationsfeld politischer Verführungskünste zu mißbrauchen drohten. Ihnen kann man nicht mit Salben und Tinkturen der politischen Kosmetik zuleiberrücken. Für sie, die ganz wenigen, die als einzelne versuchen, Verwirrung in unsere Partei zu tragen, gilt mein Wort: „Wer hundert Trennungen von solchen riskiert, die nicht zu uns gehören, der wird Hunderttausende Trennungen von solchen vermeiden, die sich bei uns zu Hause und uns zugehörig fühlen.“

Aber ich füge auch genauso nachdrücklich hinzu: Das Bewußtsein notwendiger Solidarität ist wichtiger als das Instrumentarium disziplinärer Zwänge in unserer Partei.

In der Geschichte der Sozialdemokratie war Disziplin immer wichtiger als Disziplinierung.

Mit menschlicher Glaubwürdigkeit auftreten

Ich habe von den zwei Problemen gesprochen, die mich bei unserer glaubwürdigen und überzeugenden Selbstdarstellung bewegen. Das zweite Problem ist die Frage, ob wir immer mit der menschlichen Glaubwürdigkeit auftreten,

die dem hohen Anspruch entspricht, den wir für die Vorzugswürdigkeit unserer Ideen und Ziele geltend machen.

Gewiß, Parteien sind keine Gemeinschaft der Heiligen und auch keine Liebesgemeinschaft: es menschelt in ihnen, denn auch sie unterliegen der Tatsache des Unzulänglichen alles Menschlichen. Parteien sind auch nicht so unterschieden, daß die eine eine Gemeinschaft von Klugen und Edlen und die andere eine Gemeinschaft der Dummen und der Miesen wären. Dennoch, das mag nicht in den Parteipatriarchismus passen, müssen gerade Sozialdemokraten sich mühen, sich von den anderen zu unterscheiden.

Der Sozialdemokrat Henrik de Man hat einmal in seinem Buch zur „Psychologie des Sozialismus“ geschrieben: Jedes Volk lebt nach vorgelebter Form. Das heißt, Genossen, wenn wir die politische Vorhut in der Entwicklung unseres Volkes sein wollen, dann müssen wir wissen, daß die Menschen nicht nur auf unsere Programme und nicht nur auf unsere Organisation schauen, sondern daß sie auch prüfend auf uns als Menschen schauen.

Gewiß, weit liegt die Zeit zurück, als Wilhelm Liebknecht, der Zeitgenosse August Bebels, im kaiserlichen Reichstag, so berichtet er in seinen Memoiren, einen konservativen Reichstagsabgeordneten zum anderen sagen hörte: „Ja, die Sozialdemokraten haben noch den Glauben an ihre Ideen und die Bereitschaft, nach ihnen zu leben.“

Das mag Euch aus dem Munde eines nüchternen Pragmatikers des Regierungsgeschäftes beinahe befremdlich klingen. Und manchem mag es zudem von einer arabischen Unbedeutung sein, aber ich halte es für ein zutiefst wichtiges Problem unseres Selbstverständnisses nicht nur, sondern auch unseres politischen Erfolges.

Die Sozialdemokraten müssen in der Regierungsverantwortung bleiben

Wir treten nun, Genossinnen und Genossen, mit dieser Konferenz an zu einem schweren Wahlkampf. Wir tun es nüchtern und realistisch, der Erschwernisse bewußt und dennoch der Erfolgsmöglichkeiten sicher. Es wird auf uns ankommen, auf jeden einzelnen von uns, auf 300 000 Sozialdemokraten in diesem Lande, in diesem wichtigsten Bundeslande unserer Republik.

Hinter uns liegen zwei Wahlschlappen in Hessen und Bayern, mehr als Schlappen. Es waren Niederlagen unserer Erwartungen. Wirtschaftliche Ungewißheiten bedrängen die Hoffnungen der Menschen. Totale Mobilisierung der politischen Gegenkräfte des Konservatismus sucht die Unsicherheit zur Katastrophe hinaufzudramatisieren. Auch für manche unserer traditionellen Wähler drohen sich Ausrufezeichen der Gewißheit ihrer Überzeugung in Fragezeichen des Zweifels zu verwandeln. Sollte ich dies in dieser Stunde verschweigen?

Nein! Ferdinand Lassalle hat der deutschen Arbeiterbewegung in einer frühen Stunde ihrer Geschichte das Motto auf den Weg gegeben: Aussprechen, was ist! Nur wenn wir den Tatsachen klaren Blickes entgegensehen, werden wir die Kraft in uns mobilisieren, sie zu beherrschen und mit ihnen fertig zu werden.

Noch immer ist die Sozialdemokratische Partei dann am stärksten gewesen, wenn sie sich vor die stärksten Herausforderungen gestellt sah. Wenn die Sozialdemokraten in diesem Lande aus der Regierung herausgedrängt würden, würde sie sich kaum in der Bundesregierung zu behaupten vermögen. Diese Aussicht mag Konservative hoffnungsfroh frohlocken lassen. Sei's drum! Es geht dabei nicht um Ämter und Mandate, um Pfründen und Würden. Was

sind die Würden der Regierungsämter im Vergleich zu den Bürden der Regierungslast. Es geht auch nicht darum, der konservativen Gegnerpartei, der CDU, die demokratische Verantwortung abzusprechen; ich gehöre nicht zu denjenigen, die den politischen Gegner herabsetzen. Wer dies tut, mindert seine eigene Kraft und seinen Anspruch. Ich spreche Herrn Köppler die demokratische Verantwortung nicht ab. Wo aber soll ich sie bei Strauß und Dregger erkennen? Und sie, Strauß und Dregger, werden das Sagen haben, wenn die Union in diesem Lande siegt. Herrn Köppler wird dann nur das Flüstern bleiben, auch wenn er es mit sonorer Stimme tut.

Die Sorge, die mich erfüllt, ist die Befürchtung, daß die Bundesrepublik unregierbar werden könnte, wenn ihre Regierung in die Hände der Konservativen geraten würde, die das Rad der Geschichte rückwärts drehen möchten, innenpolitisch wie außenpolitisch, und die am zuverlässigsten demokratischen Kräfte an die Peripherie der Entscheidung im Staate abdrängen wollen. Ich weiß oder glaube doch zu wissen, daß das kein Kohl und kein Köppler will, wohl aber, daß jeder Strauß und jeder Dregger dies wollen müssen, und deren sind mehr im Spektrum der christdemokratischen Propaganda, zwischen Köpplers vergleichsweise mildem „roten Spuk“ bis zu Strauß' skrupellos-rüden „roten Ratten“.

Nicht einen Regierungswechsel gilt es zu verhindern, sondern die Unregierbarkeit der Bundesrepublik, die leicht in die Labilität Frankreichs und Italiens absinken könnte, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr an der Regierung beteiligt sein werden.¹⁾

¹⁾ Siehe Bemerkung dazu am Ende der Broschüre.

Wir müssen den Menschen sagen, was wir wollen und was wir können

Warum sagst du so wenig über die CDU, so werden manche fragen. Hier ist nicht die Stunde homerischer Kriegsgesänge vor den Argonautenzügen; dazu wird es gewiß noch kommen. Der Wahlkampf verlangt sein Ritual, und er wird hart genug werden. Er wird hart werden, aber wir werden ihn, so hoffe ich, auch in den härtesten Tagen wahrhaftig und redlich führen, so wie dies Sozialdemokraten aus ihren Ideen tun müssen. Der Gegner wird nicht kleiner, indem wir ihn kleiner machen. Überlassen wir es der CDU, uns durch das umgekehrte Fernglas so für sie angenehm zu verkleinern, wie sie uns haben möchten. Das Ergebnis ihrer Enttäuschung am 4. Mai, ihrer Enttäuschung, die sie erleben werden, wird das Ergebnis Ihrer Täuschung sein, die sie sich selbst bereiten werden.

Ihr habt mich zum Spitzenkandidaten gewählt und den Bürgern unseres Landes für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Ihr habt ein Recht, und ich habe die Pflicht, und vor allem die Bürger unseres Landes haben das Recht und ich ihnen gegenüber die Pflicht, ihnen zu sagen, aus welchem Geist ich dieses Amt ausüben will und ausgeübt habe. Wirklichkeitssinn, Nüchternheit und Tatkraft gilt es auf das Notwendige zu konzentrieren. Vor die Alternative gestellt, über die vom Standpunkt der Ideologie reine Lehre theoretische Reflexionen anzustellen oder mit der vom Standpunkt der Ideologie unreinen Mehrheit, praktische Verbesserungen zu bewirken, werde ich entschlossen das letztere tun.

Die vom Standpunkt der Ideologie unreine Mehrheit ist die sozial-liberale Koalition. Sie war ein faires, verlässliches und erfolgreiches Bündnis, und sie

wird ein solches Bündnis bleiben. Mehr dazu zu sagen, ist überflüssig.

Die große Koalition war 1966 die Rettung des Staates durch die SPD; die große Koalition wäre 1975 oder 1976 die Zerstörung der SPD durch sich selbst. Mehr dazu zu sagen, ist überflüssig.

Ich muß als Ministerpräsident fragen, was die Bürger dieses Staates, und das sind vor allem die Arbeitnehmer, wollen, und nicht, was sie vom Standpunkt einer Ideologie wollen sollen. Gewiß sind wir keine politische Versandfirma, die dem Bürger die Erfüllung seiner Erwartungen nach ihrem persönlichen Wunschkatalog versprechen. Wir müssen den Menschen redlich, aufrichtig sagen, was wir wollen und was wir können. Dinge, die im Interesse der Menschen gehen, müssen geschehen; Dinge, die nicht gehen, können und wollen wir nicht versprechen.

Wir treiben jedoch keine pragmatische Politik des jeweils Opportunen, sondern eine an Werten und Ideen, die ich darzulegen versucht habe, an sittlichen Maßstäben und Zukunftsvorstellungen orientierte Politik, aber dennoch eine Politik der Nüchternheit und der Realisierbarkeit.

Die neue Landesregierung wird sich auf folgende Schwerpunkte konzentrieren: Alles, was in des Landes Kraft steht, werden wir tun für die Sicherung der Arbeitsplätze der Arbeitnehmer in allen Regionen unseres Landes.

Alles, was in des Landes Kraft steht, werden wir tun zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit für die Alten, für die Behinderten, für alle, die einen besonderen Anspruch auf unsere tätige Hilfe, auf die Hilfe der Gesellschaft haben.

Alles, was in des Landes Kraft steht, werden wir tun zur Sicherung der Zukunft unserer Jugend in Schule, Bildung und Beruf. Alles, was in des Landes Kraft steht, werden wir tun zur Siche-

rung von Freiheit und Recht in einer demokratischen Ordnung, in der unsere Bürger sich geborgen fühlen können.

Eine Wahlmannschaft mit bewährten Persönlichkeiten

Mir zur Seite stehen zehn Persönlichkeiten, Frauen und Männer aus der Tradition und Bewährung sozialdemokratischen Wirkens auf vielen Gebieten unseres öffentlichen Lebens. Wie sollte sie eine Wahlkampfmannschaft nennen, da unter zwei Gesichtspunkten dies eine irreführende Bezeichnung wäre.

Mannschaft? Da sind zwei Frauen unter Ihnen. Eine Frau im Parlament ist wie eine Blume, viele Frauen sind wie Unkraut, hat einmal der CSU-Landtagspräsident in Bayern gesagt. Zwei Frauen im Kreise von neun Männern, das erlaubt ja wohl noch im floristischen Bild der Blumen zu bleiben. Aber nicht als solche ist die Wahl auf sie gefallen. Die Frauen in Beruf, Familie und Erziehung sind mehr und mehr von der Peripherie der gesellschaftlichen Bedeutung in deren Mittelpunkt gerückt, genau wie die Männer. Und beide, Inge Donnep und Barbara von Sell bringen Erfahrungen und Befähigungen in reichem Maße aus ihrem beruflichen und öffentlichen Leben mit, um diese Gesichtspunkte in der Regierung zu vertreten.

Wahlkampfmannschaft? Zu den zehn Namen gehört der oberste Richter unseres Landes, der Präsident des Landesverfassungsgerichtshofes, Dr. Dietrich Bischof. Der Respekt vor der dritten Gewalt im Staat, vor der Unparteilichkeit des Richteramtes verbietet, ihn in eine Wahlkampfmannschaft aufzunehmen, und aus diesem Grunde ist er auch an diesen beiden Tagen nicht unter uns. Aber ich bin dankbar für seine

Bereitschaft, für ein Regierungsamt zur Verfügung zu stehen.

Verzichten wir also auf das Etikett, wie wir die Zehn nennen.

Zu den bisherigen Ministern meines Kabinetts, Prof. Dr. Fritz Halstenberg, Johannes Rau, Dr. Diether Posser, Jürgen Girsgensohn und Diether Deneke, treten hinzu:

Willi Haferkamp, Vizepräsident der Hohen Behörde in Brüssel, früheres Mitglied des Bundesvorstandes des DGB; Prof. Friedhelm Farthmann, Mitglied des Bundestages, Leiter des wissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften und Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD. Dies sind die Männer und Frauen, die an meiner Seite Regierungsverantwortung tragen werden, wenn die Wähler mir, ihnen und der Sozialdemokratischen Partei ihr Vertrauen schenken werden.

Diesen Wahlkampf müssen wir gewinnen für die Menschen in unserem Land

Mir zur Seite aber werden auch und vor allem 300 000 Sozialdemokraten in diesem Lande stehen, wenn wir nun antreten, die Parlamente des Landes und der Gemeinden neu zu wählen. Und mir zur Seite und uns allen zur Seite stehen werden die Hoffnungen einer Million Sozialdemokraten in der Bundesrepublik, die uns mit ihrer Sympathie und viele auch mit ihrer Tatkraft begleiten werden. Es wird ein schwerer Kampf werden, denn wir wissen, daß die Anzeichen nicht trügen, die wir dafür besitzen, daß die Wahlkampfalchemisten unserer Gegner aus Gift und Galle, aus Demagogie und Verzerrung die vernebelnden Dämpfe ihrer Wahlpropaganda zusammenrühren.

Es wird, Genossen, laßt mich auch dies sagen, mit großem Nachdruck sagen,

es wird mein letzter großer Kampf an der Spitze der Partei unseres Landes sein. Am Ende dieser Legislaturperiode, deren Parlament und deren Regierung wir am 4. Mai wählen, im Jahre 1980 also, werde ich 50 Jahre dabei gewesen sein, wenn mir mein Schicksal, wenn mir Gott, der ja nicht Mitglied der CDU ist, soviel Zeit läßt.

Diesen Kampf möchte ich, ja diesen Kampf will ich und diesen Kampf wollen wir gemeinsam gewinnen, weil wir ihn gemeinsam gewinnen müssen für dieses Land und seine Menschen, für die arbeitenden Menschen zumal, deren Vertrauen das Fundament unserer Arbeit ist.

Nachwort zur These von der „Unregierbarkeit“

Die CDU hat sich über meine These von der drohenden „Unregierbarkeit“ der Bundesrepublik unter einer Herrschaft von Strauß und Dregger empört gezeigt und in ihren Entrüstungskommentaren einen Sturm im Wasserglas inszeniert.

Was habe ich gesagt?

Ich habe nicht in Umkehr jenes Ausspruchs von Konrad Adenauer gesagt: „Der Sieg der CDU ist Deutschlands Untergang.“ Ich habe auch nicht in Umkehr von Köpplers Amtsvorgänger Hermann-Josef Dufhues gesagt: „Die SPD ist zum Regieren, die CDU ist zum Opponieren da.“ Ich habe schließlich auch nicht in Umkehr von Köppler selbst gesagt, daß die CDU zwar für vieles gut sei, daß man ihr aber nicht die Wirtschaft und das Geld anvertrauen könne. Und ich habe schon gar nicht die Umkehr dessen behauptet, was Dregger am 14. September auf dem hessischen Landesparteitag der CDU gesagt hat: Schumacher und Zinn „wußten um den Unterschied der Systeme“, des kommunistischen und des freiheitlichen nämlich, während Schmidt und Osswald ihn nicht zu kennen schienen, „ihn jedenfalls in der Praxis mißachten.“ Wobei Dregger die Symbole unterschiedlichen Freiheitsbegriffe mit Reisepaß und Schießbefehl illustrierte. Helmut Schmidt und Albert Osswald also kennen diesen Unterschied nicht oder mißachten ihn in ihrer praktischen Politik?

Ich habe auch nicht den politischen Streik der Gewerkschaften angekündigt. Weder ist die SPD ein Erfüllungsinstrument der Gewerkschaften, noch ist der DGB ein Hilfsmittel der SPD, beide aber sind gegen jeden politischen Streik im Rahmen des demokratischen

Staates und einer freiheitlichen Gesellschaft. Politischer Streik war gerechtfertigt gegen den Kapp-Putsch und er wäre gerechtfertigt gewesen gegen den Papen-Staatsstreich im Juni 1932, er wäre unerlaubt gegen jeden Regierungswechsel innerhalb der Demokratie, und zudem stünde er im Gegensatz zur Verfassung.

Ich habe mit meinen Ausführungen über die „Unregierbarkeit“ weder Retourkutsche gefahren, noch mein so oft betontes Bekenntnis zur grundsätzlichen demokratischen Regierungsfähigkeit aller drei demokratischen Parteien widerrufen, noch meine Warnung vor dem „gefährlichen Doppelirrtum“ zurückgenommen, „irreführende Feindbilder“ voneinander aufzubauen, die ich öffentlich wiederholt ausgesprochen habe.

Jedoch auch dieses habe ich öffentlich wiederholt gesagt: „Das Orientierungsspektrum der heutigen CDU reicht von neo-konservativ bis zu alt-reaktionär“. Und die „Unregierbarkeit“ der Bundesrepublik unter den Ideen und der Regierung Strauß – Dregger, also unter einer nach rechts abgerutschten CDU, sehe ich in der dann geradezu unvermeidlichen Polarisierung des politischen Kräftefeldes in der Bundesrepublik. Die dann aus der Regierungsverantwortung und Regierungsbeteiligung herausgedrängte SPD könnte dann leicht in die linke Polarisierung abgedrängt werden. Die zentrifugalen, auf die Polarisierung orientierten Tendenzen im Meinungsspektrum der deutschen Politik könnten schnell wirkungsmächtiger werden als die zentripetalen, auf Ausgleich und Mitte orientierten Tendenzen. Dies ist die Gefahr anderer europäischer Länder, vor allem Italiens, aber auch Frankreichs, es könnte dann auch die Situation der Bundesrepublik werden.

Die Wahl für die Landesreserveliste von Platz 2 bis zum Ende der Liste (Platz 113) erbrachte bei 293 abgegebenen Stimmen folgendes Ergebnis:

Platz	Name	ja	nein	Enthaltungen
2	Figgen, Werner	271	19	3
3	Rau, Johannes	251	38	4
4	Girgensohn, Jürgen	287	6	1
5	Dr. Posser, Dieter	277	11	5
6	Prof. Dr. Halstenberg, Friedr.	265	23	5
7	Deneke, Dieter	283	6	4
8	Schwier, Hans	281	7	5
9	Donnepp, Inge	250	39	4
10	Dr. Haak, Dieter	268	20	5
11	Bäumer, Hans-Otto	185	104	4
12	Haferkamp, Wilhelm	234	56	3
13	Meyer, Heinz-Werner	228	61	4
14	Herterich, Günter	233	58	2
15	Winkels, Richard	281	8	4
16	Drescher, Julius	279	8	6
17	Rademaker, Josef	282	7	4
18	Einert, Günter	279	10	4
19	Ferner, Hans	275	13	5
20	Trabalski, Karl	272	19	2
21	Friebe, Ingeborg	264	28	1
22	Hein, Horst	276	13	4
23	Schöllner, Winfried	281	8	4
24	Heimes, Theo	286	3	4
25	Feldhaus, Bernd	284	6	3
26	Selle, Hilmar	278	12	3
27	Ridder, Ilse	283	7	3
28	Heckelmann, Erich	284	6	4
29	Linkner, Werner	282	8	3
30	Rohmeis, Alfred	278	11	4
31	Brunn, Anke	263	28	2
32	Heinrichs, Friedrich-Wilhelm	282	6	5
33	Knobelsdorf, Dieter	286	2	5
34	Prof. Dr. Küchenhoff, Erich	266	25	2
35	Düsberg, Friedrich-Otto	288	—	5
36	Dr. Gintzel, Kurt	283	5	5
37	Grabis, Hans	286	2	5
38	Dunkel, Heinz	284	6	3
39	Grätz, Reinhard	281	11	1
40	Dr. Bussmann, Ludwig	277	15	1
41	Böhlke, Eckard	286	3	4
42	Pollmann, Peter	277	11	5
43	Meister, Jürgen	286	3	4
44	Westermann, Joachim	286	3	4
45	Espe, Kurt	288	1	4
46	Reiter, Lothar	287	2	4
47	Pott, Hans	288	1	4

Platz	Name	ja	nein	Enthaltungen
48	Thiemann, Lothar	285	4	4
49	Dr. Hänsch, Klaus	282	10	1
50	Körfiges, Hubert	285	4	4
51	Kings, Josef	279	9	5
52	Schmitz, Dieter Josef	282	6	5
53	Schröder, Günter	283	5	5
54	Lux, Hans	288	1	4
55	Brauckmann, Gisela	277	11	5
56	Kräfte, Ingeborg	277	11	5
57	Petzina, Elisabeth	266	22	5
58	Scholz, Gerd	281	8	4
59	Kaschubeck, Herbert	287	4	2
60	Schüller, Walter	288	1	4
61	Tarnow, Uwe	286	3	4
62	Hadel, Bernhard	284	4	5
63	Sänger, Jochen	288	1	4
64	Knoche, Hermann	288	1	4
65	Vitt, Hans Georg	285	4	4
66	Linnemann, Heinrich	286	2	5
67	Schreiber, Friedrich	285	3	5
68	Wolf, Theo	285	4	4
69	Hoeke, Hans	288	1	4
70	Prof. Dr. Stetter, Christian	284	5	4
71	Helten, Robert	283	5	5
72	Boie, Ludwig	283	5	5
73	Horstmann, Hubert	283	5	5
74	Prof. Dr. Elbers, Johann D.	284	4	5
75	Schumacher, Hans Günter	285	2	6
76	Bekemeier, Heinrich	285	2	6
77	Fröhling, Michael	285	2	6
78	Hoeren, Johann Ferdinand	287	1	5
79	Alef, Jürgen	286	2	5
80	Pohlen, Udo	286	2	5
81	Wirba, Siegfried	284	3	6
82	Dr. Heidbüchel, Franz	281	6	6
83	Viehmeister, Edith	282	5	6
84	Kreul, Diethard	283	4	6
85	Risthaus, Willi	283	4	6
86	Biernath, Rainer	281	6	6
87	Prof. Dr. Meya, Heinz	267	20	6
88	Stevens, Martin	283	4	6
89	Grundler, Anton	284	3	6
90	Knickmeier, Heinz	284	3	6
91	Schumann, Klaus	278	9	6
92	Kliemt, Rudolf	280	7	6
93	Vomhof, Arno	285	3	5
94	Panhey, Rolf	285	3	5
95	Krüger, Lothar	296	3	4
96	Schmidt, Jürgen	286	3	4
97	Runge, Helmut	286	3	4
98	Hufen, Horst	285	3	5

Platz	Name	ja	nein	Enthaltungen
99	Kreutzer, Lothar	283	5	5
100	Schneider, Günter	284	4	5
101	Fröhlich, Hans	284	4	5
102	Büscher, Karl-Heinz	284	4	5
103	Hempel Soos, Karin	277	11	5
104	Schmoranzler, Günter	282	6	5
105	Seidel, Paul-Gerhard	283	5	5
106	Kreuz, Erhard	284	4	5
107	Ehrlich, Bruno	284	4	5
108	Bast, Heinz-Gerd	284	4	5
109	Teutenberg, Horst	284	4	5
110	Kazrath, Norbert	284	4	5
111	Beurskens, Heinz-Peter	283	5	5
112	Herweg, Johannes	284	5	4
113	Kunze, Karl-Heinz	284	5	4

Alle Kandidaten erhielten die erforderliche Stimmzahl und sind somit gewählt.

Hermann Heinemann dankte Heinz Kühn im Namen des Parteitages für die große Rede, die die Vorstellungen der Partei für die Zukunft aufgezeigt habe und der Bevölkerung im Lande die bisherigen Leistungen der Sozialdemokraten deutlich mache.

5. Schlußwort

Heinz Junker sprach den Delegierten, der Versammlungsleitung der Mandatsprüfungskommission, der Wahlkommission und allen Helfern seinen Dank aus. Dies sei jedoch ein verhältnismäßig kleines Opfer im Vergleich zu den Anstrengungen der kommenden Wochen, in denen jeder Sozialdemokrat etwas mehr als seine Pflicht tun müsse.

Damit wurde die Delegiertenkonferenz um 12.30 Uhr geschlossen.